

Joachim von Puttkamer

Der Mythos vom „dicken Strich“. Der 24. August 1989 und der Anfang vom Ende der Staatssicherheit. Ein „dicker Strich“

„Przeszłość odkreślamy grubą linią.“ – „Die Vergangenheit trennen wir ab mit einem dicken Strich“. Mit diesen Worten schloss Tadeusz Mazowiecki am 24. August 1989 den programmatischen Teil seiner Antrittsrede, nachdem ihn der Sejm zuvor mit großer Mehrheit zum ersten nichtkommunistischen Premierminister im Warschauer Pakt berufen hatte. Seine zukünftige Regierung trage keine Verantwortung für die ererbte Hypothek. Er ergänzte: „Wir werden uns ausschließlich für das verantworten, was wir getan haben, um Polen aus dem gegenwärtigen Zustand des Verfalls herauszuführen.“[1]

In diesem einen Satz schlugen sich bittere Erfahrungen des sonst so hoffnungsvollen Jahres 1980/81 nieder. Damals hatten streikende Arbeiter dem kommunistischen Regime die unabhängige Gewerkschaft Solidarność abtrotzen können, weil die unausweichliche Wirtschaftsreform gegen die Massenproteste schlicht nicht durchsetzbar war. Als Chef der Expertengruppe und Berater Lech Wałęsas war Mazowiecki an den Verhandlungen maßgeblich beteiligt gewesen. Früh hatte er davor gewarnt, die Partei in die Enge zu treiben und die Situation zu überreizen.[2] Ein wirtschaftspolitisches Konzept hatte die Gewerkschaft nicht, auch sah sie darin gar nicht ihre Aufgabe. Die nötige Akzeptanz für schmerzhaft Einschnitte, die jede Reform unweigerlich mit sich bringen würde, sollte allein durch Öffentlichkeit und Transparenz erreicht werden. Diese wollte die Solidarność garantieren. Das war ein schmaler, ein allzu schmaler Grat. Denn anders als ihre Vorgänger warb die neue Parteiführung bald nicht mehr um das Vertrauen der Arbeiterschaft, sondern schob ihr die Schuld an der wirtschaftlichen Misere zu. Sie stellte sich als Ordnungsmacht in einer Krise dar, die durch anhaltende Streiks nur immer weiter vertieft worden sei.

Nun, acht Jahre später und in einer nochmals schlechteren wirtschaftlichen Lage, war die Solidarność über den Runden Tisch auf die politische Bühne zurückgekehrt. Am 4. und 18. Juni hatte sie in zwei Wahlgängen einen überwältigenden Sieg erzielt: Alle der durch freie Wahlen vergebenen Mandate im Sejm gingen an von ihr unterstützte Kandidaten (die restlichen 65 Prozent der Sitze waren für die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza/PZPR) und ihre Blockparteien vorgesehen). Mit einer Ausnahme errang die Solidarność auch sämtliche Sitze im wieder eingerichteten Senat. Über die Verantwortung, die ihr aus diesem Sieg erwuchs, war heftig gestritten worden. Wie andere prominente Solidarność-Aktivisten hatte auch Mazowiecki zunächst gezögert. Hatte die Opposition denn nunmehr ein wirtschaftspolitisches Programm, das von der Gesellschaft akzeptiert wurde? Falls sie sich an einer Regierung beteiligte, diese gar führte: Würde nicht jeder Misserfolg der Solidarność angelastet werden? Durfte man das am Runden Tisch Erreichte riskieren, indem man den Widerstand des alten Regimes geradezu herausforderte? In Mazowieckis Plädoyer aus dem Jahr 1989 für einen evolutionären, vorsichtigen Weg klingen die Lehren von 1981 an.[3] Doch schließlich setzte sich die einprägsame Formel durch, mit der Adam Michnik den neuen Kompromiss mit den alten Mächten umrissen hatte: Euer Präsident – unser Premier.[4] Die Abgeordneten im sogenannten Parlamentarischen Bürgerklub (Obywatelski Klub Parlamentarny/OKP) – der antikommunistischen Fraktion, in Sejm und Senat – arrangierten sich damit, dass der bisherige Staatsratsvorsitzende und kommunistische Parteichef Wojciech Jaruzelski am 19. Juli in das ebenfalls neu eingerichtete Amt des Staatspräsidenten gewählt wurde.[5] Fünf Wochen später übernahm nun Mazowiecki den Auftrag zur Regierungsbildung. Seine Zweifel hatte er nicht vergessen. Denn eines war klar: Die Verantwortung für die Misere und erst recht für die nun unweigerlich folgenden Härten musste unbedingt bei denjenigen verbleiben, die das Land überhaupt erst in den Abgrund geführt hatten. Dies war die Lehre des Jahres 1980/81. Dafür, und nur dafür, bedurfte es eines dicken Strichs.

An der neuen Regierung, die Mazowiecki in den folgenden Wochen bildete, waren die alten Kräfte weiter beteiligt. Das sensible Außenministerium hatte Mazowiecki der alten Garde abringen können. Aber mit Armee, Staatssicherheit und Bürgermiliz (Milicja Obywatelska), also der regulären Polizei, blieb das Kerngerüst des Machtapparats in den Händen der PZPR. Auch dies folgte einer Lehre aus dem Jahr 1980/81, wenngleich einer weniger zwingenden. Damals hatten die Führer der Oppositionsbewegung viel Kraft darauf verwendet, die lähmende Furcht vor einer sowjetischen Intervention nicht übermächtig werden zu lassen. Sie hatten dabei nicht verhindern können, dass sich das Regime in Polen weit genug konsolidierte, um schließlich aus eigener Kraft das Kriegsrecht zu verhängen. Im Spätsommer 1989 war die außenpolitische Konstellation eine deutlich andere. Anders als damals konnte die Solidarność nun darauf hoffen, dass Polen in Moskau als Vorhut und Experimentierfeld eines Reformprozesses gesehen würde, den Gorbatschow selbst angestoßen hatte. Es galt also, Handlungsspielräume zu erkennen und beherzt zu nutzen, ohne das Wohlwollen des übermächtigen Patrons zu gefährden. Wie schmal dieser Grat sein würde, war kaum abzuschätzen. Nach den Erfahrungen von 1981 war das entscheidende Problem jedoch im eigenen Land zu lösen. Der neuerliche Rückweg in die Diktatur musste den alten Kräften verbaut werden. Dies aber, so Mazowiecki, war nur möglich, wenn sie auch weiterhin für einen Weg tiefgreifender Reformen in die Pflicht genommen wurden, den sie selbst ein Jahr zuvor eingeschlagen hatten. Dieses Kalkül hatte Mazowiecki offenbar zunächst durchaus klar ausformuliert, bevor er es wieder aus seiner Rede strich:

Die PZPR in die absolute Opposition und in den absoluten Widerstand zu drängen, wäre eine Falle für uns und für das Land. Es gibt auf der Welt keine Opposition, die über die Armee und den Staatssicherheitsdienst gebietet. Außerdem gibt es noch das reale Problem der Zugehörigkeit Polens zum Warschauer Pakt, deshalb müssen die Veränderungen schrittweise erfolgen. Alle müssen daran einen bestimmten Anteil, müssen eine bestimmte Offenheit und Mitverantwortung haben.[6]

Dem neuen Premierminister war bewusst, dass der Übergang in die Marktwirtschaft und der Kampf gegen die Inflation, dem er den größten Teil seiner Rede widmete, weit über das hinausging, was wenige Monate zuvor am Runden Tisch vereinbart worden war und was die PZPR aus eigenem Entschluss mittragen würde. Gerade deshalb durfte sie nicht aus der Verantwortung entlassen werden, und erst recht durfte sie sich nicht doch noch eines anderen, schlechteren besinnen können.

Rückblickend lässt sich der bisherigen Opposition leicht vorwerfen, sie habe nach ihrem triumphalen Wahlsieg vom 4. Juni die Chance verpasst, rasch und entschieden mit den Kommunisten abzurechnen.[7] Der „dicke Strich“ wurde als versöhnlicher Schlusstrich gedeutet und so in sein Gegenteil verkehrt, als hätte Mazowiecki die alten Eliten sehenden Auges aus ihrer Verantwortung entlassen. Doch solch durchsichtiger Vorwürfe war Mazowiecki bald überdrüssig. Sie widersprachen seiner Idee politischer Verantwortung für einen Staat, der nicht zum Spielball parteipolitischer Kämpfe werden durfte. Empört hat er denn auch später diese Auslegung des „dicken Strichs“ als „teuflische Erfindung“ der Rechten gebrandmarkt.[8]

Es lässt sich rückblickend auch allzu leicht behaupten, man habe damals nur zusehen müssen, wie die Partei und mit ihr der Machtapparat von selbst zerfielen.[9] Im August 1989 kam es zunächst darauf an, dass sich die Konstellation von 1981 nicht wiederholen würde. Fluchtpunkt allen politischen Denkens, sowohl der Solidarność wie der Kommunisten selbst, war die traumatische Erfahrung des Kriegsrechts. Nun aber eröffnete der neue Pluralismus eine Möglichkeit, die kommunistische Diktatur zu beenden und ihre katastrophalen wirtschaftlichen Folgen zu überwinden. Gorbatschows Perestroika bot erstmals die Gewähr, dass grundlegende Reformen in Polen nicht zwangsläufig die Bündniszugehörigkeit in Frage stellten. Wie rasch sich diese Rahmenbedingungen ändern würden, war noch weniger absehbar als die nun einsetzende Agonie der Mächte von gestern.

„... es gibt niemanden mehr, den man abhören müsste.“

Ebenfalls am 24. August unterzeichnete General Czesław Kiszczak eine geheime Verfügung „bezüglich der Liquidierung und der Umgestaltung einiger Organisationseinheiten des

Innenministeriums“.[10] Das klang bürokratisch und kaum nach einem dicken Strich. Es war der Beginn einer Reform des Staatssicherheitsdienstes, die binnen weniger Monate in dessen Auflösung münden sollte.

Drei Wochen zuvor hatte die Gazeta Wyborcza erstmals vermeldet, das Innenministerium erwäge, die katholische Kirche nicht weiter zu observieren und die entsprechende Abteilung aufzulösen. Die eigentliche Sensation daran war, dass die Existenz einer solchen Abteilung erstmalig öffentlich eingestanden wurde.[11] Vor der neu eingerichteten Menschenrechtskommission des Senats bestätigten hohe Generäle kurz darauf, diesen Bereich angesichts knapper Kassen einsparen zu wollen. Er sei ja nun nicht mehr notwendig. Die Senatoren griffen den Ball auf. Sie schlugen vor, auch die Opposition nicht weiter zu beobachten und die Staatssicherheit auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Die Beamten sollten besser die zunehmende Kriminalität bekämpfen, die von den Generälen wortreich beklagt worden war. Vizeminister Zbigniew Pudysz zeigte sich „wie er sagte, ‚offen‘ für die Vorschläge der Senatoren, und notierte alles“.[12]

Am 24. August war es dann soweit. Mit Ausnahme der Auslandsaufklärung (wywiad) und der Spionageabwehr (kontrwywiad) wurden die bisherigen Abteilungen der Staatssicherheit formell aufgelöst und in neue Strukturen überführt. Eine Abteilung „zum Schutz der konstitutionellen Ordnung“ sollte fortan gegen solche Personen vorgehen, die das parlamentarische System und die den Bürgern in der Verfassung garantierten Rechte bedrohten. Terroristen, feindliche Ausländer und extremistische, vor allem nationalistische Gruppen wurden eigens als Zielgruppe benannt. Eine zweite Abteilung sollte sich dem Schutz der Wirtschaft als weiterem zentralen Tätigkeitsfeld der Staatssicherheit widmen. Im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität und Wirtschaftsspionage sollte der Dienst fortan sein besonderes Augenmerk auch auf Unternehmen richten, an denen ausländisches Kapital beteiligt war, die natürliche Umwelt schützen und selbst Wirtschaftsspionage betreiben. Eine Abteilung für Studien und Analysen sollten schließlich die operative Tätigkeit konzeptionell und programmatisch anleiten und ihre Ergebnisse auswerten. Auf die neue Struktur wurden auch die Ämter in den Wojewodschaften und Bezirken verpflichtet.[13]

Die genannten Aufgaben waren nicht neu. Was die Reform tatsächlich bedeutete, erschließt sich aus den Tätigkeiten, die nicht mehr aufgeführt wurden. Von der Beobachtung politischer Parteien und Vereine war nicht mehr die Rede, ebenso wenig vom Schutz internationaler Verpflichtungen der Volksrepublik, von der Überwachung von Bildungs- und Gesundheitswesen, des Kommunikationswesens sowie vorübergehend in Polen befindlicher Ausländer und ausländischer Studenten.[14] Auch die Sprache des Dienstes veränderte sich. Fortan ging es nicht mehr um das „Erfassen und Neutralisieren potenzieller Straftäter, sondern um „Aufklärung und Prävention“ von Straftaten.

Nicht überall waren solche unauffälligen sprachlichen Verschiebungen zu beobachten. Doch waren sie mehr als kosmetische Wortklauberei. Sie zeigten, dass Kiszczak das Gebot der Stunde erkannt hatte. Die Staatssicherheit musste neue Aufgaben finden. Vor der PZPR-Fraktion im Sejm fand Kiszczak Anfang September klare Worte:

Wir haben aufgehört, uns mit Leuten wie Kuroń und Michnik und überhaupt mit der Opposition zu beschäftigen, es gibt niemanden mehr, den man abhören oder observieren müsste.[15]

Auch Kiszczaks Haltung war von den Erfahrungen der vergangenen Jahre und Monate geprägt. Innenminister war er seit Ende Juli 1981. Als Architekt des Kriegsrechts hatte er darauf gesetzt, das kommunistische Regime gewaltsam aufrechtzuerhalten. Ihm war wohl bewusst, dass diese Politik gescheitert war. Am Runden Tisch vertrat er die Regierungsseite. Der dort erzielte Kompromiss verpflichtete ihn auch über die Wahlen vom 4. Juni hinaus. Vergeblich versuchte er Anfang August im Auftrag Jaruzelskis, nochmals eine kommunistisch geführte Regierung zu bilden. Als dies misslang, stellte er sich Mazowiecki zur Verfügung. Kiszczak verbürgte jene Kontinuität der alten Macht, die den neuen Pluralismus absichern sollte. Er verkörperte den Rückzug aus der Repression, einen Rückzug auf Raten. Der Aufbau des Sozialismus ließ sich nicht erzwingen, nicht gegen eine große

gesellschaftliche Mehrheit. So verstand Kiszczak den neuen Pluralismus wohl als letzte Konsequenz der Entstalinisierung, denn ganz aufgegeben hatte er den Sozialismus nicht.[16]

Vor dem Innenausschuss des Sejm umriss Kiszczak am 8. September 1989 die zukünftigen Aufgaben seines alten und neuen Ressorts. Die bedrohlich ansteigende Kriminalität müsse stärker bekämpft werden, denn mit jeder Amnestie seien mehr Einbrüche, Raubüberfälle und Morde zu befürchten. Die Wirtschaft müsse auch und gerade während der Reform geschützt werden, zum Beispiel vor dem überkauften Erwerb wertloser Fiat-Lizenzen, und ganz allgemein vor missbräuchlichen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse durch unproduktive Firmen. Auch müsse sie durch Industriespionage aktiv unterstützt werden. Allein diese habe im vergangenen Jahr zu Mehreinnahmen von 200 bis 300 Millionen Dollar geführt. „Man bestiehlt uns und wir stehlen.“[17] Auch die Spionageabwehr bleibe eine zentrale Aufgabe der Dienste.

Rückblickend wirken solche Überlegungen etwas weltfremd. Als Innenminister sollte Kiszczak in eine Regierung eintreten, die sich in eben diesen Tagen öffentlich zum abrupten Übergang in die Marktwirtschaft verpflichtete. Die damit verbundenen Belastungen würde auch ein Geheimdienst nicht abmildern, zumal er sie als kriminelle Bedrohung empfand. Die dreizehn Punkte, in denen Kiszczak sein Programm entfaltete, trugen denn auch primär defensiven Charakter. Die Staatssicherheit müsse zu einem Dienst umgebaut werden, der jenseits parteipolitischen Zugriffs die Interessen des Staates schütze. An die Stelle der eben erst aufgelösten Spezialeinheiten, der Motorisierten Milizreserven (Zmotoryzowane Odwoły Milicji Obywatelskiej/ZOMO), würden neue, verkleinerte „Präventionsabteilungen“ (Oddziały Prewencji) treten. Abhörmaßnahmen seien auf den Kampf gegen das Verbrechen, gegen Wirtschaftskriminalität und auf die Abwehr von Terrorismus zu beschränken. Technische Dienste wie überhaupt die gesamte materielle Ausstattung würden fortan vorrangig auf die Bedürfnisse der Miliz abgestellt. Keinesfalls dürfe auf deren Freiwillige Reserve (Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej/ORMO) verzichtet werden. Mit ihren 330.000 Mitgliedern erfülle diese Bürgerpolizei wichtige und gefährliche Aufgaben zu unschlagbar niedrigen Kosten. Die unabdingbare gesellschaftliche Transparenz des Ressorts könne ein Politischer Rat gewährleisten, ein Gremium, dem neben Vertretern aller politischen Kräfte auch Wissenschaftler angehören würden.[18]

Es folgte eine kurze Runde bohrender Fragen. Der Abgeordnete Edward Rzepka wollte wissen, wie der Minister den tief sitzenden Hass seiner Beamten auf die bisherige Opposition überwinden wolle. Kazimierz Ujazdowski fragte nach fortwährenden Rechtsverstößen, Abhörmaßnahmen und schwarzen Kassen innerhalb des Ressorts. Er könne sich nur schwer vorstellen, „dass diejenigen Kader, die bislang das Recht gebrochen haben, es nun schützen sollen“. Jan Lityński fragte unverblümt, ob das Innenministerium einen Staatsstreich unterstützen würde.[19] Kiszczak ging ausführlich auf diese Bedenken ein. Ernst und nachdrücklich bekannte er sich nochmals zu den Ergebnissen des Runden Tisches.[20]

Die Abgeordneten des Parlamentarischen Bürgerklubs taten sich schwer mit dem Bündnis, das ihr Ministerpräsident mit dem bisherigen Erzfeind geschlossen hatte. Die sorgsam formulierte Beschlussvorlage sprach offen die „Sorgen, Zweifel und negativen Assoziationen“ aus, welche die Person Kiszczaks weckte. Über dessen Verantwortung für das Kriegsrecht wurde hinweggesehen, damit auch die kommunistischen Abgeordneten zustimmen konnten. Dass der Innenausschuss die erneute Kandidatur Kiszczaks als Minister unterstützte, wurde allein mit dem ausdrücklichen Hinweis begründet, dass er das Vertrauen von Ministerpräsident Mazowiecki genoss. Die tiefe Wirtschaftskrise verbiete es, die Regierungsbildung zu verschleppen.[21] Damit war die politische Raison der neuen Regierung klar benannt.

Eine gemeinsame Basis ihrer Zusammenarbeit fanden Mazowiecki und Kiszczak im Leitbild des Rechtsstaats. Die ungleichen Partner verbanden damit jedoch höchst unterschiedliche Vorstellungen. Für Mazowiecki war die Abkehr von der politischen Verfügbarkeit des Rechts ein Schlüssel zukünftiger demokratischer Normalität. Nur dort, wo staatliches Handeln dem Recht unterworfen sei, würden die Bürger ein Gefühl von Freiheit, Sicherheit und Teilhabe entwickeln, hatte er am 24. August erklärt. Seine Akzeptanz und seine Autorität könne der Rechtsstaat nur entfalten, wenn er dem

allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung entspreche.[22] Kiszczak hingegen sah die Verpflichtung auf den Rechtsstaat als Möglichkeit, die Aufgaben der Sicherheitsdienste in einer Weise zu begründen, die an bisherige Reformen anknüpfte.

Denn neu war diese Überlegung nicht. Schon während des Runden Tisches waren regionale Dienststellen aufgefordert worden, in allen Belangen den Grundsatz der Gesetzlichkeit (praworządność) zu wahren.[23] Solche Mahnungen hatten zunächst den Reformwillen der Staatsführung unterstrichen. Jetzt, unter der neuen Regierung, sollten sie die Beamten auf den politisch neutralen Staat verpflichten. Das Bekenntnis zum Rechtsstaat diene erklärtermaßen der Entpolitisierung der Dienste. Diese begründete Kiszczak auf zweierlei Weise. Vordergründig sah er im entpolitisierten Rechtsstaat den Garant für die Loyalität seiner Beamten. Doch sie sollten auch gegenüber dem ungewohnten Pluralismus abgeschottet werden. Auf die Frage, ob er die Möglichkeit ideologischen Widerstands nicht unterschätze, antwortete er einem Journalisten der Gazeta Wyborcza nach der Anhörung im Innenausschuss:

Wir erwarten, dass sich die Beamten ausschließlich mit den Interessen des Staates identifizieren. Wir werden nicht zulassen, dass eine staatliche Formation, welche die Verfassungsordnung und die innere Sicherheit schützt, zum Schauplatz rivalisierender politischer Strömungen wird. Deshalb muss das Innenministerium für eine Entpolitisierung [odpolitycznienie] im Sinne einer Entparteilichung [odpartyjnienie] eintreten, und wenn die Regierung eine solche Entscheidung trifft, dann wird das Ressort sich ihr aus Überzeugung unterordnen. [...] Unabhängig davon, welche Regierung es geben wird und wer an ihrer Spitze steht, muss das Innenministerium das Recht, die Rechtssicherheit und die konstitutionelle Ordnung schützen.[24]

In diesem Sinne hatte sich Kiszczak auch vor dem Innenausschuss selbst geäußert.[25] Das Bekenntnis zum Rechtsstaat begründete ein klares Arrangement: Das Innenministerium würde loyal sein, sofern es dem Zugriff der neuen Machthaber entzogen bliebe.

Ein zentrales Problem einer breiten Koalitionsregierung schien damit gelöst. Nach Wochen politischen Taktierens gehorchte deren Zusammensetzung nicht nur den neuen Machtverhältnissen und alten außenpolitischen Rücksichten, sondern reagierte auch auf eine akute Vertrauenskrise. Im Umbruch waren beide Seiten verunsichert. Mazowiecki selbst hatte noch im Juli gewarnt, die Solidarność könne den ihr fremden Machtapparat nicht wirksam steuern.[26] Gegen eine Regierungsbeteiligung der Solidarność hatte Ryszard Bugaj noch während der Koalitionsverhandlungen eingewandt, die Nomenklatur werde auch weiterhin die gesamte Machtstruktur beherrschen.[27] Sławomir Dąbrowski vertrat das Gegenargument, kaum war Mazowiecki berufen: Die Nomenklatur Sorge sich, sie würde nun einer Hexenjagd ausgesetzt, einer „solidarnościowa weryfikacja“ (Verifizierung durch die Solidarność).[28] Krzysztof Kozłowski sekundierte, mit mäßigen Worten: nur der Auswuchs der Nomenklatura müsse die neue Regierung fürchten, nicht jedoch die guten Fachleute und gewissenhaften Beamten.[29] Der scheinbar unpolitische Rechtsstaat bot eine Formel, die Ängste auf beiden Seiten zu beschwichtigen. So ließ sich den Beamten eine Rolle als Fachleute im Dienste eines Staates zuweisen, der politischen Kämpfen entzogen war. Im Gegenzug würde sich das neue Regierungslager vorerst nicht weiter in Interna des Innenministeriums einmischen.

Solange der Gegner sich noch wehren konnte, musste man einen Angriff tunlichst vermeiden, sollte Kozłowski später argumentieren. Denn leicht hätte das Innenministerium dem ihm fremden Premier schaden können.[30] Solche Zurückhaltung war ein letzter Ausläufer der sich selbst beschränkenden Revolution. Von Dauer war diese Lösung nicht. Sie taugte für die Monate des Übergangs, in denen die Kommunisten erst das ganze Ausmaß ihrer Niederlage begriffen – und die Solidarność das Ausmaß ihres Sieges. Drei Monate später erklärte der Sejm die bisherige Volksrepublik Polen feierlich zum demokratischen Rechtsstaat (demokratycznym państwem prawnym). Diese Formel, auf die Demokraten und Kommunisten ihr brüchiges Arrangement gegründet hatten, verkündete nun den Triumph der Demokratie. Bis dahin war es aber noch ein weiter Weg.

III. „Wir müssen enormes Vertrauen zueinander aufbauen“

Ebenfalls am 24. August schließlich hatten Abgeordnete des Parlamentarischen Bürgerklubs dem Sejm zwei Interpellationen vorgelegt, die sich an das Innenministerium richteten. In der ersten fragte Jan Beszta-Borowski, wann die unmenschlichen stalinistischen Praktiken von Miliz und Staatssicherheit endlich ein Ende finden und wann die Bürger ungestört ihrer vom NKVD ermordeten Verwandten gedenken können würden. Oder sei etwa die Abkehr vom Stalinismus nur Augenwischerei? In Bielsk-Podlaski habe der Sohn eines Milizbeamten bereits im Mai ein Wahlplakat der Solidarność heruntergerissen und zwei Männer unter Beschimpfungen krankenhaushausreif geprügelt, ohne dass dies geahndet worden wäre. Auch hätten Staatssicherheitsbeamte die Einwohner von Beszta-Borowskis Heimatort bei Białystok bedrängt. Diese hätten in einem nahegelegenen Wald ein Kreuz und eine Gedenktafel zum Gedenken an 13 Menschen errichtet, die der NKVD dort erschossen und verscharrt hatte.[31] Mit der zweiten Anfrage wollten Bohdan Kopczyński und Józef Kowalczyk in Erfahrung bringen, welche Kosten die Freiwillige Milizreserve (ORMO) verursache und ob sie nicht ein Relikt des Stalinismus und auf dem Weg vom totalitären zum demokratischen Staat abzuschaffen sei.[32] Wochen später erhielten die Abgeordneten gleichermaßen sorgfältige wie ausweichende Antworten. Immerhin teilte Vizeminister Pudysz die Auffassung, dass „negative gesellschaftliche Erscheinungen“ im Dialog zu lösen seien. Der Wojewodschaftskommandant werde mit dem Abgeordneten die Tätigkeit der Miliz in der Region besprechen.[33] Auch die Rolle der ORMO war fortan auf der politischen Tagesordnung.

Die beiden Interpellationen lassen erkennen, welche Ablehnung dem Innenministerium und seinen Diensten aus der bisherigen Opposition entgegenschlug. Bereits seit Anfang Mai untersuchte die Bürgerrechtsbeauftragte die bekanntermaßen fatalen Zustände im Milizarrest.[34] Noch bis in den Juli hinein hatte die Gazeta Wyborcza die Sicherheitsdienste scharf angegriffen, vor allem dann, wenn Milizbeamte Demonstranten weiterhin sehr hart anfassten. „Wir hören von historischen Veränderungen und vom Fortschritt der Demokratie“, hatte die Gerichtsreporterin Wanda Falkowska in einer der ersten Ausgaben der Gazeta Wyborcza über die Demonstrationen zum 1. Mai geschrieben. „Aber eins hat sich nicht geändert: die Brutalität der Miliz.“[35]

Mit großer Härte war die Miliz auch am 3. und 4. Juli gegen eine Mahnwache vorgegangen, welche ein radikaler Ableger der Opposition, die kämpferisch nationale und formell weiterhin illegale Konföderation des Unabhängigen Polen (Konfederacja Polski Niepodległej/KPN), aus Protest gegen die anstehenden Präsidentenwahlen vor dem Sejm veranstaltet hatte. Drei Abgeordnete des Parlamentarischen Bürgerklubs, noch ganz Opposition, hatten sogleich die allererste Interpellation der neuen Legislaturperiode formuliert.[36] Daraus entspann sich eine lebhafte Debatte. Abgeordnete des Parlamentarischen Bürgerklubs nutzten ihre erste Chance, lange gehegten Unmut über die Praktiken von Staatssicherheit und Miliz endlich vorzubringen und General Pudysz zu unbequemer Transparenz zu zwingen.[37] Den schärfsten Vorwurf deutete Tadeusz Kowalczyk nur an: Fast hundert politische Morde belasteten das Innenministerium seit der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981. Sie seien allesamt vertuscht worden, und die Gewalt dauere an.

Er möge ihm genaue Angaben vorlegen, wach Vizeminister Pudysz aus.[38] Kiszczak, sein Chef, hingegen war empört. Kowalczyk bezichtigte die Beamten öffentlich schwerer Verbrechen, also müsse er alle ihm bekannten Fakten dem Staatsanwalt vorlegen, forderte er in einem offenen Brief an den Sejmmarschall.[39] Das Ministerium interpellierte wohl gegen den Abgeordneten, lästerte die Gazeta Wyborcza.[40] Prompt setzte der Sejm in seiner nächsten Sitzung mit klarer Mehrheit eine außerordentliche Kommission ein, die nun die Fälle politischer Morde untersuchen sollte. Mit Jacek Kuroń und Adam Michnik hatte der entsprechende Antrag Kowalczyks prominente Fürsprecher gefunden. Selbst ein kommunistischer Abgeordneter trat für die Bildung eines solchen Untersuchungsausschusses ein.[41] Den Vorsitz übernahm Jan Rokita vom Parlamentarischen Bürgerklub. Er hatte selbst im Kriegsrecht einige Monate im Gefängnis verbracht und vier Jahre später die Staatssicherheit wegen unerlaubter Verhörmethoden verklagt, erfolgreich. Das war unerhört. Noch während der Debatte hatte er versucht, die Menschenrechtskommission des Senats ins Spiel zu bringen. Dort saßen keine Kommunisten.[42] Damit jedoch drang er nicht mehr durch.

Nur wenige Stunden zuvor hatte der Sejm den Auftrag an General Kiszczak bestätigt, eine Regierung zu bilden, ein letztes Mal gestützt auf die alte, kommunistisch geführte Koalition. Nun aber konnte sich die PZPR bereits nicht mehr auf ihre sorgsam gehütete Mehrheit verlassen.[43] Der Parlamentarische Bürgerklub bestimmte die Agenda, gegen den Widerstand des Innenministeriums, in einer Schlüsselfrage des untergehenden Regimes. Seitdem Jaruzelski und Kiszczak 1981 das Kriegsrecht verhängt hatten, stand die Frage politischer Morde im Raum. Jetzt wurde erstmals der ernsthafte politische Wille artikuliert, die etwa hundert Todesfälle aufzuklären. Denn mit einer prominenten Ausnahme, dem Mord an dem Priester Jerzy Popiełuszko, waren alle Ermittlungsverfahren eingestellt worden, weil die Täter angeblich nicht hatten ausfindig gemacht werden können. Am 11. Juli, dem Tag nach Kowalczyks Zwischenruf im Sejm, war sogar noch ein weiterer Fall hinzugekommen. Der Priester Sylwester Zych wurde nahe Danzig tot aufgefunden. Er hatte vier Jahre im Gefängnis verbracht, nachdem ein Milizbeamter im Februar 1982 bei einem Angriff zweier jugendlicher Aktivisten unglücklich ums Leben gekommen war und Zych den beiden Schutz geboten hatte. Die Umstände von Zychs Tod waren höchst eigenartig. Erneut wiegelten die Behörden ab.

Ein beherzt auftretender Abgeordneter und ein unbeholfener General und Minister hatten den öffentlichen Unmut über exzessive Polizeigewalt auf jene ungeklärten Todesfälle gelenkt, die vorrangig der Staatssicherheit angelastet wurden. Fälle exzessiver Polizeigewalt wurden vorerst kaum mehr berichtet. Stattdessen warfen hunderte von Zuschriften die Frage auf, wie die Kommission Rokitas ihren Arbeitsauftrag verstand. Nach kontroversen Diskussionen kam sie am 13. September zu einer einmütigen Entscheidung. Aus pragmatischen Gründen würde sie sich vorerst auf die 93 Fälle beschränken, die der Abgeordnete Kowalczyk mit Hilfe des polnischen Helsinki-Komitees vorgelegt hatte. Sie stammten durchweg aus den Jahren seit 1981, der Zeit des Kriegsrechts bis in die unmittelbare Gegenwart. Sollten aus diesem Zeitraum noch weitere derartige Todesfälle bekannt werden, würde die Kommission auch diese aufnehmen (was sie später auch tat). Eigene Untersuchungsbefugnisse hatte sie nicht. Um möglichen Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstößen der Dienste auf die Spur zu kommen, würde sie mit sachverständiger Hilfe die Ermittlungsakten studieren. Daraus sollte sich ein Bericht an den Sejm ergeben. Ob die Justiz einzelne Fälle neu aufrollen müsste, würde sich zeigen.[44] Rokita selbst sah seine erste Aufgabe darin, die bislang sorgsam abgeschottete Struktur des Innenministeriums auszuleuchten.[45]

Umstritten waren die Kriterien, nach denen Arbeitsgruppen gebildet wurden. Sie müssten zwar das politische Kräfteverhältnis widerspiegeln, meinte der Kommunist Stanisław Gabrielski, Rokitas Stellvertreter. „Aber in dieser Kommission müssen wir enormes Vertrauen zueinander aufbauen.“[46] Ungeachtet der Parteizugehörigkeit liege doch jedem Abgeordneten an einer redlichen, ehrlichen Aufklärung jedes dieser Fälle. Denn die These, es habe politische Morde gegeben, sei von enormer gesellschaftlicher Bedeutung. Jahre später würde Rokita den Kommissionsmitgliedern der PZPR, auch Gabrielski, vorwerfen, sie hätten darauf gehofft, die Kommission durch einen stillen, unspektakulären Boykott ins Leere laufen zu lassen.[47] Davon war in der ersten Sitzung kaum etwas zu spüren. In enger Zusammenarbeit übertrugen Rokita und Gabrielski das Regierungsbündnis aus Parlamentarischem Bürgerklub und Kommunisten in diejenige Kommission, die ihm sonst vielleicht am gefährlichsten werden konnte.

Eventuelle Zweifel, das Innenministerium könnte die Kommissionsarbeit behindern, gar unterlaufen, wurden nicht zu Protokoll gegeben. Kaum eine Woche zuvor hatte Kiszczak persönlich vor dem Innenausschuss zugesagt, die Kommission würde alle Materialien erhalten. Immerhin seien Menschen ums Leben gekommen.[48] Auch einzelne Beamte, erläuterte Rokita, könnten geladen werden. Im Innenministerium sei bereits eine Arbeitsgruppe gebildet worden, um mit der Kommission zusammenzuarbeiten.[49] Der Auftrag dieser Arbeitsgruppe zeigt, wie sich das Innenministerium die Kooperation vorstellte. Sie sollte den Vorwürfen nachgehen, den Kontakt mit regionalen Dienststellen an sich ziehen und sorgsam die Auftritte von Abgeordneten und Senatoren in dieser Sache registrieren.[50] Die Kontrolle über derart unbequeme Nachforschungen wollte sich Kiszczak keinesfalls entwinden lassen.

Dabei war mit weiteren Anfragen vorerst gar nicht zu rechnen. Die Ermittlungsakten lagen ja bei der Staatsanwaltschaft (Prokuratur). Dort sei er bislang auf keine Mauer gestoßen, die sich nicht habe durchbrechen lassen, versicherte Senator Zbigniew Romaszewski, der als Vorsitzender der Menschenrechtskommission des Senats hinzugezogen worden war.[51] Dort, beim Generalstaatsanwalt, beantragte Gabrielski Ende Oktober denn auch Akteneinsicht.[52] Vielleicht hätte Romaszewski es besser wissen können. Er war ein Vertrauter des erst jüngst getöteten Priesters Sylwester Zych. Ein weiteres Kommissionsmitglied, Edward Krasowski vom Parlamentarischen Bürgerklub, war eng mit dem Fall Zych befasst. Krasowski sorgte sich, Beamte des Ministeriums könnten seine Zeugen verhören. Diese hätten Angst.[53] Später drängte er darauf, bei der Staatsanwaltschaft die einschlägigen Ermittlungsakten einzusehen.[54] An den operativen Akten der Staatssicherheit hingegen zeigten weder Romaszewski noch die Kommission zunächst irgendein Interesse. Mag sein, dass ihnen die Phantasie und die Erfahrung fehlten. Die Akte Zych im Innenministerium war da bereits vernichtet.

Wie solle man einer Institution vertrauen, die über Jahre hinweg Unschuldige gefoltert hatte, fragte die katholische Wochenzeitschrift *Więź* zum fünften Todestag des Priesters Popiełuszko.[55] Die Frage blieb auch weiter virulent, und sie wurde keineswegs totgeschwiegen. Es gehörte vielmehr zu den Grundlagen der Regierung Mazowiecki, dass sie diesen zentralen Vorwurf an das alte Regime auf geordnete, institutionelle Weise aufzuklären suchte. Befriedend wirkte diese Lösung nur für den Moment. Wieder und wieder würden Kiszczyk und seine Generäle in den kommenden Monaten auf den Vorwurf politischer Morde zurückkommen. Er saß tief, und er würde sich nicht entkräften lassen.

Auf die Kommission würden bei ihrer Tätigkeit viele interne Arbeitskonflikte innerhalb des Innenministeriums zukommen, kündigte Gabrielski im September an.[56] Das vorherzusagen war nicht schwer. Es gärte in der Miliz. Am 1. September wies die Hauptkommandantur (Komenda Główna Milicji Obywatelskiej) intern darauf hin, dass sich die Beamten von der Öffentlichkeit nicht hinreichend unterstützt und gewürdigt, ja sogar behindert sähen. Gesundheitsbehörden hätten sich geweigert, den Blutalkohol festgehaltener Personen zu messen. Selbst tätliche Angriffe auf Milizbeamte würden von Staatsanwalt und Gerichten allzu liberal behandelt. Hinzu kämen Überstunden und mangelnde Ausrüstung. Mangels Dienstfahrzeugen seien einfache Beamte auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen.[57]

Mehr als viereinhalbtausend Beamte hätten im ersten Halbjahr 1989 den Dienst quittiert, bilanzierte ein interner Bericht des Ministeriums. Das seien 30% mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Grund dafür seien finanzielle Motive, und ein „erheblicher Zuwachs an Stresssituationen“.[58] Nicht einmal ein Zehntel der Ausscheidenden hatte das Rentenalter erreicht. Mehr als 20.000 Beamte warteten auf eine Dienstwohnung, also fast jeder fünfte. Weitere 11.000 lebten in unzureichenden Verhältnissen. Aufgrund eines geringeren Inflationsausgleichs sei das Gehalt im Vergleich zu Industriearbeitern seit 1984 um 12 Prozent zurückgegangen.[59]

Ebenfalls Anfang September forderte Jan Jabłoński in einem offenen Brief alle Milizbeamten dazu auf, an die Rokita-Kommission zu schreiben und ihr Unrecht mitzuteilen, das ihnen in den Jahren der *Solidarność* widerfahren sei. So könnten Abgeordnete und Senatoren sich ein objektives Bild vom Innenministerium machen und dessen Ansehen verbessern. Er selbst hatte damals versucht, eine Polizeigewerkschaft zu gründen. Wer deshalb seinerzeit, wie er, entlassen worden sei, dürfe nun nicht länger geächtet werden und müsse sich nicht länger schämen. Denn jetzt, mit einem völlig neuen Sejm und Senat und einem vom Volk gewählten Premier habe das Innenministerium die riesige Chance, „zu einer nützlichen und von der Gesellschaft geachteten Institution zu werden“.[60] Es ging also darum, auch als ehemaliger Milizionär zu den anerkannten Opfern der Diktatur zu gehören. Und es ging darum, das Vertrauen der Gesellschaft in ihre Polizei zurückzugewinnen.

Solch offener Protest blieb nicht auf Pensionäre beschränkt. In Breslau unterbrachen Milizionäre Ende August vorübergehend ihren Dienst, um gegen miserable Arbeitsbedingungen zu protestieren und zu erreichen, dass ihre Überstunden endlich bezahlt würden. Auch mit Betrunkenen mochten sie sich nicht länger abgeben.[61] Am 13. September veröffentlichte die Gazeta Wyborcza einen offenen Brief, den 54 Milizbeamte aus Piekary Śląskie eine Woche zuvor an den Ministerpräsidenten Mazowiecki geschrieben hatten. Darin bekundeten sie mit patriotischem Pathos ihre Loyalität zur neuen Regierung. Diese müsse nun eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, damit die Miliz nicht tagtäglich weitere ihrer besten und rechtstreuesten Beamten verliere. Vor allem müssten Miliz und Staatssicherheit im Zuge einer bis ins Detail umrissenen Neuorganisation der Dienste fortan strikt voneinander getrennt werden. In der Miliz sollten Beamte unterschiedlicher Weltanschauungen und Konfessionen arbeiten dürfen und weltweit gültige Auslandspässe erhalten. Vor allem sollten sie sich gewerkschaftlich organisieren können. „Wir wollen keine parteiliche, sondern eine staatliche Bürgermiliz sein, und deshalb geben wir heute die Parteiausweise der PZPR zurück.“[62] Offenbar hatten jene Milizionäre eigene Vorstellungen davon, was eine entpolitisierte Miliz ausmachte.

Noch während führende Politiker sich öffentlich sorgten, ob Miliz und Staatssicherheit loyal zur neuen Ordnung stünden, kündigte mancher Milizionär seinem bisherigen Dienstherrn die Gefolgschaft. Dann aber wurde Kiszczak auch von der neuen Regierung wieder in seinem Amt bestätigt. Der Idee einer Polizeigewerkschaft hatte er zuvor eine klare Absage erteilt. Deren Aufgaben würden auch ohne Streikrecht von den bestehenden Personalräten erfüllt.[63] Der offene Protest der Beamten wurde unterbunden, zumindest vorerst. Doch mancher Abgeordnete im Sejm erlebte daheim weiterhin den Unmut in der Miliz. Auch die öffentliche Ablehnung gegenüber dem Innenministerium nahm kaum ab.

Eines immerhin hatten die Debatten bis Mitte September erbracht. Die anstehenden Aufgaben des Innenministeriums waren klar umrissen. Es herrschte weitgehendes Einvernehmen, dass die Dienste auf rechtsstaatlicher Basis entpolitisiert werden und möglichst viele Beamte von der Staatssicherheit zur Miliz versetzt werden sollten. Einvernehmlich sollte auch der Vorwurf politischer Morde aufgeklärt werden. Nachdem die ZOMO formell bereits aufgelöst worden war und die Zustände im Milizarrest untersucht wurden, verblieb dies als zentraler Punkt in der Debatte über exzessive Polizeigewalt. Inhaltlich strittig blieb nur die Frage, ob auch die ORMO aufgelöst würde. Die Bildung von Polizeigewerkschaften wurde vertagt. Wie die Akten der Staatssicherheit geschützt werden konnten, war als politisches Problem noch gar nicht erkannt, und ebenso wenig die später so kontrovers diskutierte Rolle informeller Mitarbeiter.

Es ging natürlich nicht nur um sachliche Fragen. Dass die Koalition ihre Bruchlinien allenfalls übertüncht hatte, wurde schon am 30. September deutlich, als der Sejm die späte Antwort von Vizeminister Pudysz auf zwei weitere Interpellationen aus dem Parlamentarischen Bürgerklub debattierte. Bohdan Kopczyński hatte gefordert, dass sämtliche Beamte einen neuen Diensteid ablegen sollten und so nur noch der Nation verpflichtet wären, nicht mehr dem Sozialismus.[64] Kopczyński wollte auf diesem Weg von jedem Beamten ein Loyalitätsbekenntnis erzwingen. Bewusst nutzte er das „garstige Wort“ der Verifizierung.[65] Die Sorge seines Fraktionskollegen Andrzej Kern, es könnte aus dem Innenministerium heraus doch noch zu einem gewaltsamen Umsturz kommen, wirkte inzwischen allerdings eher dogmatisch.[66] Die beiden Abgeordneten artikulierten zunächst die fortdauernden Spannungen innerhalb ihrer Fraktion in dieser Frage. Ihnen genügte es nicht, dass Kiszczak dem Premier seine Loyalität gleichsam stellvertretend für sein gesamtes Ressort versicherte, womit er es von weiteren derartigen Forderungen abschirmen wollte. Im Umbau vom totalitären zum demokratischen System könne der Machtapparat sich nicht selbst umbauen, forderte nun Kopczyński, als er seine Interpellation vortrug. „Wir müssen das machen.“[67] Damit konnte er sich noch nicht durchsetzen.

In der Folge entspann sich noch ein kurzer, nicht minder erhellender Schlagabtausch zwischen Barbara Blida von der PZPR und Zbigniew Janas vom Parlamentarischen Bürgerklub. Blida nahm die Beamten gegen Angriffe aus dem Sejm in Schutz. Das Fernsehprogramm 997, ein populäres Blaulichtmagazin, zeigte deutlich genug, was zu tun sei.[68] Janas hielt ihr entgegen, der

Parlamentarische Bürgerklub wolle nur das Vertrauen der Nation in die Dienste wieder herstellen. Dass die Beamten oft mit erbärmlicher Ausrüstung auskommen müssten, hätten die Oppositionellen ja am eigenen Leib erfahren.[69] Es ging also auch darum, wer glaubhafter als Fürsprecher der Beamten auftreten konnte. Deren Belange und interne Konflikte wurden fortan im Sejm kontrovers diskutiert. Sie blieben öffentlich, und sie wurden politisch. Wer erwartet haben mochte, mit der neuen Regierung würden die öffentlichen Vorbehalte gegen die Dienste abgebaut werden können, wurde bald eines anderen belehrt.

„Liebe Genossen!“

Mit einer Verzögerung von knapp drei Wochen begann das Innenministerium nun damit, die im August verfügte Reform tatsächlich umzusetzen. Bislang war nur der engste Führungszirkel eingeweiht gewesen.[70] Erst am 11. September wurde sie intern bekannt gemacht.[71] Es dauerte nochmals einen Monat, bis auch die Chefs der regionalen Dienststellen davon erfuhren.[72] Solange Kiszczak sein Ressort nur kommissarisch verwaltete, war die Reform nicht mehr als eine politische Versicherung. Nun aber wurde die Staatssicherheit tatsächlich umgebaut.

Gegenüber dem Sejm mochte Vizeminister Pudysz die geplante Reform Ende September nur in recht vagen Worten skizzieren.[73] Seinen Führungskadern hingegen erläuterte Minister Kiszczak am 16. und 17. Oktober sehr viel ausführlicher die anstehenden Aufgaben. Aus allen Wojewodschaften und Regionen kamen die Kommandeure von Miliz und Staatssicherheit nach Legionowo in das Schulungszentrum des Innenministeriums, gemeinsam mit ihren jeweiligen Parteisekretären. Auch Treffen mit Ministerpräsident Mazowiecki und mit Staatspräsident Jaruzelski waren vorgesehen.[74] Kiszczak selbst hielt eine mehrstündige Rede.[75] Sie war getragen von einer eigentümlichen Spannung zwischen weitgreifenden, selbstbewussten Ideen zu den zukünftigen Aufgaben der Staatssicherheit einerseits und einem merkwürdig defensiven, mitunter fast schon alarmistischen Grundton andererseits.

Erneut bekannte sich Kiszczak zunächst zu den jüngsten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Übergeordneter Wert der neuen Regierung sei ein auf das Recht gegründeter Staat. „Diese Direktive bezieht sich auch auf das Innenministerium“, nur so könne es seine gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen.[76] Die Entpolitisierung des Ministeriums verpflichte die Beamten darauf, das geltende Recht rigoros durchzusetzen und die damit verbundenen Einschränkungen zu respektieren. Das Interesse der Staatssicherheit gelte fortan allein solchen extremistischen Gruppen, die mit Gewalt die Rechtsordnung zu verändern suchten.[77]

Das war unmissverständlich. Ein wirklicher Rückzug war es nicht. „Unsere hauptsächliche Verpflichtung“, so Kiszczak, bestehe darin, die Regierung über Bestrebungen zu informieren, die das politische und wirtschaftliche System zu destabilisieren trachteten und so die Regierung in ihrem wirtschaftlichen Aufbauprogramm zu unterstützen.[78] Riesige Aufgabenfelder eröffneten sich hier. Erneut sprach Kiszczak davon, die Auslandsaufklärung könne ein positives Investitionsklima schaffen und dabei helfen, die technologische Lücke in Mikroelektronik, Biochemie und Genetik, Landwirtschaft, Ökologie, Telekommunikation und Gesundheitswesen zu schließen. Anders als im Innenausschuss ließ er seiner Phantasie nunmehr freien Lauf. Zwar dürfe sich das Ressort nicht in die Wirtschaft einmischen. Um Schaden abzuwehren, müsse sie jedoch die Absichten und Kontakte ausländischer Firmenvertreter beobachten, Wirtschaftsverbrechen und -skandale aufklären, Veruntreuung in Unternehmen mit Beteiligung ausländischen Kapitals vorbeugen, Umweltverschmutzungen nachgehen, das Volkseigentum mit bewaffneten Spezialeinheiten schützen, Alarmanlagen installieren, schon im Vorfeld möglicher Streiks die Stimmung der Arbeiter eruieren und schließlich die Regierung mit allen Informationen versorgen, die sie für ökonomische Entscheidungen benötige.[79] Im Grunde war dies ein Freibrief, die Privatisierung der Wirtschaft zu unterwandern. Umfassender ließen sich die zukünftigen Aufgaben des Ressorts zum Schutze der Wirtschaft kaum auslegen.

„Wir dienen dem sozialistischen Staat“, deklamierte Kiszczak, und berief sich auf das X. ZK-Plenum der PZPR, das zehn Monate zuvor den Runden Tisch vorbereitet hatte.[80] Die Partei habe die moralische Kraft, das Verantwortungsgefühl und die Entschlossenheit aufgebracht, im Interesse von Staat und Nation das Regierungsmonopol aufzugeben.[81] Seine Abteilungsleiter und Kommandeure sprach er wieder und wieder als „Liebe Genossen“ an.[82] Mitnichten sollten die Beamten in der Entpolitisierung des Ressorts ihre hohen politischen Ideale aufgeben.[83] Zwar stünden die Parteistrukturen innerhalb des Ressorts zur Debatte, dies dürfe jedoch keineswegs als Signal gelten, deren Reihen zu verlassen. Nur verlagere sich die Tätigkeit für die Partei fortan in den privaten Bereich, in die Familien und das soziale Umfeld.[84] Diese Mahnung richtete sich direkt gegen den Offenen Brief aus Piekary Śląskie. Die Unterzeichner hätten der Geschlossenheit des Ressorts geschadet und sich mangels politischen Urteilsvermögens von ihren Gefühlen hinreißen lassen.[85] Offenbar sah sich Kiszczak noch immer angegriffen, als er auf den Offenen Brief nach über einem Monat vor breitem Publikum zurückkam.

Anders als fünf Wochen zuvor im Innenausschuss entstand nun das Bild eines Ressorts unter erheblichem äußerem wie innerem Druck. Es gebe zu denken, so Kiszczak gleich eingangs, dass das Ministerium trotz aller Bemühungen in der Gesellschaft als repressiv wahrgenommen werde.[86] Geradezu larmoyant sprach er von einer andauernden „Hetzjagd“ (nagonka), die nun auch im Sejm und Senat betrieben werde. Der psychische Druck verbitterte und verunsichere die Beamten.[87] In nahezu allen Dienststellen hätten Parteimitglieder darüber geklagt, dass ihre Abgeordneten sie im Sejm nicht gegen den Vorwurf politischer Morde in Schutz genommen hätten und sich an der Kommission Rokitas beteiligten.[88] Dabei säuberten die Beamten, fuhr er fort, bereits selbst ihre eigenen Reihen und hätten alles moralische Recht, den Kopf erhoben zu tragen.[89] So aber verliere das Ministerium seine erfahrensten Leute.[90] Das Ressort dürfe jedoch wegen interner Kritik nicht in Panik verfallen. Die Klagen gerade der niederen Beamten gegen schlechte Arbeitsbedingungen seien ernstzunehmen, denn die Reihen müssten geschlossen bleiben.[91] Ihr weltanschauliches, religiöses Bekenntnis sei Privatsache, solange sie im Dienst patriotisch aufträten. Die nunmehr pluralistische Presse erfordere Transparenz, sie sei eine Form gesellschaftlicher Kontrolle.[92] Harte Vorwürfe gegen eine Miliz, deren Beamte sich gegenüber rapide ansteigender Kriminalität bisweilen nachlässig, ja untätig verhielten, hielt Kiszczak sogar für durchaus verständlich. Die tiefere Ursache liege in den schwierigen Dienstbedingungen.[93] Seine Rede schloss mit dem Aufruf, nur verantwortliches, rechtsstaatliches und professionelles Auftreten könne gesellschaftliches Vertrauen zurückgewinnen.[94]

Kiszczak war sich der Frustration seiner Beamten sehr wohl bewusst. Er teilte auch ihre Sicht auf die Ursachen, kam ihnen aber nur in der Frage ihres religiösen Bekenntnisses entgegen. Den leitenden Beamten erläuterte er kein ernsthaftes politisches Programm. Aus seinen Worten spricht vielmehr der Versuch, einem verunsicherten Ressort festen Grund und neues Selbstbewusstsein zu geben. „Polen braucht uns, der Staat braucht uns“, rief er in den Saal.[95] Er stemmte sich gegen Entwicklungen, die ihm zu entgleiten drohten. Von einem „dicken Strich“ war nirgends die Rede. Eine klare Idee, welche Rolle die Dienste in einem pluralistisch verfassten Sozialismus zukünftig spielen könnten, hatte Kiszczak nicht. So zeugte seine Rede vor allem von schwindendem politischen Einfluss. In symbolträchtiger Koinzidenz musste Mieczysław Rakowski seinen geplanten Auftritt als Chef der ehemaligen Staatspartei wegen einer akuten Lungenentzündung absagen. „Wir haben nicht nur eine Wahlniederlage erlitten“, notierte er tags darauf im Krankenhaus. „Wir sind als ideologische und politische Formation zerschlagen worden.“[96]

Unter düsteren Vorahnungen wurde die anlaufende Reform der Staatssicherheit in den folgenden Wochen vorangetrieben. Dabei machte sich Kiszczak jene Besonderheit zunutze, die seine Beamten in Piekary Śląskie mit Unmut erfüllte. Denn anders als bei den Bruderstaaten waren Staatssicherheit und Bürgermiliz als reguläre Polizei in Polen seit 1956 demselben Ressort zugeordnet. Kompetenzen wie Strukturen waren bewusst nicht klar voneinander getrennt. Beide Dienste teilten Fuhrpark und Logistik, verfügten über dieselben technische Fähigkeiten und sozialen Einrichtungen. Aber bis vor kurzem verhiess ein Dienstaussweis der Staatssicherheit intern ein höheres Ansehen und größere

Privilegien. Dieses Verhältnis verkehrte sich nun in sein Gegenteil. Was also lag näher, als Staatssicherheitsbeamte an die Miliz abzugeben?

Laut Stellenplan des Ministeriums standen zum 30. Juni 1989 genau 24.308 Beamte im Dienst der Staatssicherheit. Diese Zahl galt später als Ausgangsgröße der Reform, einschließlich der späteren Verifizierung. Das war etwa ein Fünftel des gesamten Ressorts. Die Miliz war mit knapp 79.000 Beamten mehr als dreimal so stark, hinzu kamen noch die Sondereinheiten der ZOMO mit knapp 13.000 Mann.[97] Informelle Mitarbeiter sucht man in diesen Statistiken vergebens.

Doch nur 9.193 Staatssicherheitsbeamte waren tatsächlich von der Reform betroffen.[98] Aufklärung und Gegenaufklärung wurden seit August als gesonderte Dienste schlicht nicht mehr mitgezählt. Auch Kaderabteilung, Operativer Dienst, zuständig für Observationstechnik und Kommunikationsverbindungen, sowie Material-, Logistik- und Sozialabteilung waren ausgenommen.[99] Sie arbeiteten fortan vorwiegend für die Miliz, würde Vizeminister Pudysz dem Innenausschuss des Sejm später erläutern.[100] Für diese Beamten erschöpfte sich die Reform in einem Wechsel des Dienstausweises. Ähnlich behutsam ging das Ressort, soweit irgend möglich, auch im Kernbereich der Staatssicherheit vor, wie man in der Verordnung vom 24. August nachlesen kann. „Ruhig und evolutionär“ solle die Staatssicherheit umgebaut werden, lautete ein anderer interner Entwurf im September. Kein Beamter solle an Prestige einbüßen oder gar finanziell schlechter gestellt werden.[101] Wer sich auf einen niedrigeren Dienstposten versetzen ließ, würde auf Antrag sein bisheriges Gehalt auch weiterhin beziehen.[102] Es sollte eine möglichst sanfte Reform werden.

Fünf Wochen nach der Versammlung in Legionowo, am 25. November, war die Umstrukturierung der Staatssicherheit bis in die Provinz hinein tatsächlich vollzogen. In den Wojewodschaften diente nun knapp die Hälfte der Beamten dem Schutz der Wirtschaft.[103] Dies entsprach den neuen Prioritäten. 1.200 freie Stellen musste die Staatssicherheit an die Miliz abgeben. Damit war dieser zunächst wenig geholfen. Doch knapp 700 Beamte wurden tatsächlich zur Miliz versetzt.[104] So war der Dienst tatsächlich leicht geschrumpft, auf nunmehr 7.445 Beamte. Die politischen Schulungen wurden eingestellt.[105]

Nach anfänglichem Zögern hatte Kiszczak die Reform geordnet vollzogen, ganz wie in Legionowo skizziert. Seinen Beamten eröffnete er nach Kräften eine neue Perspektive. Die Möglichkeiten, mit Staatssicherheitsbeamten die gewöhnliche Kriminalität zu bekämpfen, seien jedoch schon mangels klarer Direktiven noch längst nicht ausgeschöpft, bilanzierte Vizeminister Henryk Dankowski für seinen Chef am 12. Dezember die Befunde einer internen Inspektion.[106] Im Grunde seien nur die Türschilder getauscht worden, obwohl das Ressort vor lauter Geheimhaltung gar keine Türschilder kenne, ätzte am selben Tag der Abgeordnete Jan Rokita im Innenausschuss.[107] Tatsächlich seien überwiegend Etatstellen verschoben worden, hieß es sechs Tage später in einer internen Notiz des Ministeriums, nur wenige Beamte verstärkten in Wirklichkeit die Miliz.[108] Es sei nur eine kosmetische Reform, soll Pudysz die regionalen Kommandeure beruhigt haben.[109] Vorausgesetzt, sie hatte Bestand. Das aber war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr zu erwarten. So behutsam sie war, trug die Reform doch Unruhe in das Ressort und verstärkte eine Dynamik, die kaum noch zu kontrollieren war. Denn am 9. November war in Berlin die Mauer gefallen. „Etwas Seltsames geschieht mit Kiszczak“, notierte Rakowski fünf Tage später nach einer Sitzung des Politbüros. „Er macht den Eindruck eines anderen Menschen als vor wenigen Monaten.“[110]

„Ein Pferd, das man von allen Seiten schlägt, wird nicht gut ziehen“

Am 20. November richtete Kiszczak einen dramatischen Brief an seine Kommandeure. Wenige Tage zuvor hatte ein betrunkenen Milizionär im südpolnischen Tarnów eine 79-jährige Frau derart brutal geschlagen, dass sie kurz darauf verstarb. Es war nicht der einzige Vorfall, der das Aufsehen der Presse erregte und den der Minister nun aufgriff. In Opole hatten Milizionäre einen Aktivist der Solidarność zusammengeschlagen. In Koszalin hatte ein schwer betrunkenen Beamter der Staatssicherheit einen Kinderwagen gerammt. Auch in Łódź hatte ein ebenfalls schwer alkoholisierten

Kriminalbeamter einen tödlichen Unfall verursacht, in Begleitung seines kaum weniger betrunkenen Vorgesetzten.

Diese negative Vorfälle und Erscheinungen fügen dem Innenministerium – vor allem in der gegenwärtigen Situation besonders sensibler gesellschaftlicher, parlamentarischer und institutioneller Kontrolle – irreparablen Schaden zu. Sie vermindern das Ansehen des Ressorts, vor allem der überwiegenden Zahl seiner Beamten, die ihren Pflichten ordentlich und im Einklang mit dem Recht nachkommen. Dies führt dazu, dass sich die Gesellschaft vom Ressort distanziert, es führt zu einem Mangel an Vertrauen und Unterstützung, die für die Erfüllung grundlegender Aufgaben unentbehrlich ist. Solche Vorfälle liefern ganz offensichtlich auch denjenigen Kreisen Argumente, die gegenüber dem Innenministerium negativ eingestellt sind.[111]

Kiszczyk kündigte an, entschieden gegen derartige Ereignisse vorzugehen. Sie seien bislang allzu oft vertuscht worden. Seinen Beamten versprach er besseren Rechtsschutz in Ausübung ihres gefährlichen und verantwortungsvollen Dienstes.

Es stand nicht nur das Ansehen des Ministeriums auf dem Spiel. Kiszczyk rang um die Kontrolle über seine Dienste. Schon in Legionowo hatte er angemerkt, dass Milizionäre in der Hauptstadt besonders viele Kontakte zum kriminellen Milieu unterhielten, ohne dass die interne Ermittlung ihrer bislang Herr geworden wäre, und das trotz mehr als 100 anhängiger Strafverfahren.[112] Nun erreichte ihn über den Senatsmarschall der Vorwurf, in Suwałki erpresse ein Staatssicherheitsbeamter als „Patron“ (opiekun) die örtliche Möbelfabrik. Ein Aktivist der Solidarność hatte den Mann festgehalten, als er zwei Fässer Lack abtransportierte. Der Verdacht mafiöser Erpressung bestätigte sich nicht. Dennoch wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. [113] Vizeminister Pudysz musste sich im Innenausschuss bald darauf anhören, Beamte in Ostrołęka hätten Bestechungsgelder angenommen, andere hätten ein Mädchen in einen Wald gezerrt.[114] Fast 4.300 Ermittlungsverfahren seien gegen Beamte anhängig, entgegnete Pudysz. 460 Beamte seien entlassen worden.[115] Das mochte von strengem Vorgehen zeugen. Beruhigend waren solche Zahlen kaum. Das Problem war auch nicht neu. Aber jetzt kam es auf die politische Agenda, und jeder Einzelfall konnte öffentliche Empörung auslösen.

Auch die Last der Vergangenheit wurde erneut zum Problem. Am 17. November wurde im Zentrum Warschaws das Dzierżyński-Denkmal auf dem gleichnamigen Platz (dem heutigen Plac Bankowy) demontiert. Tausende applaudierten begeistert.[116] Zwei Tage später telegraphierte der stellvertretende Innenminister und Chef der Staatssicherheit Henryk Dankowski seinen regionalen Kommandeuren, sie sollten ihm binnen eines Tages Belege übermitteln, mit denen sich die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 öffentlich erklären lasse. Konkret nannte er damalige Aufrufe zum Generalstreik, zu Blockaden und zu bewaffnetem Widerstand, Drohungen gegen Kommunisten und antisowjetische Exzesse.[117] Acht Jahre nach den Ereignissen war der Druck, das Kriegsrecht öffentlich zu rechtfertigen, ungewohnt groß. Es war also höchste Zeit, dem skandalösen Bild entgegenzuwirken, das die Dienste nach außen abgaben. Dies wollte Kiszczyk mit seinem Brief vom 20. November erreichen.

Kurz darauf erhielt er ein beunruhigendes Schreiben von Verteidigungsminister Siwicki. Laut Pressemeldungen werde das polnische Staatsfernsehen demnächst Agnieszka Hollands Film *Zabić księdza* (To kill a priest) ausstrahlen. Anhand des tragischen Verbrechens an dem ermordeten Priester Jerzy Popiełuszko werde ein verfälschtes und ehrverletzendes Bild auch des polnischen Militärs gezeichnet. Kiszczyk unterstützte die Intervention beim polnischen Staatsfernsehen mit dem Hinweis, es gefährde die nationale Aussöhnung, wenn das polnische Fernsehen diesen Film im Umfeld des achten Jahrestags der Verhängung des Kriegsrechts zeige.[118] Es war vielleicht sein einziger Erfolg dieser Wochen, dass der Film tatsächlich vorerst in Polen nicht öffentlich ausgestrahlt wurde. Das Ringen um die Freiwillige Milizreserve (ORMO) hatte er hingegen schon verloren. Sie wurde am selben Tag, dem 23. November, gesetzlich aufgelöst. Just in den Tagen, als Kiszczyk seine Reform der Staatssicherheit abzuschließen glaubte, geriet sein gesamtes Ressort zusehends unter Druck.

Angesichts dieser Entwicklung vollzog Kiszczak eine Kehrtwende. Erstmals ging er nun ernsthaft auf seine Beamten zu. Anfang Dezember erhielten sie die Möglichkeit, wie alle Bürger Polens auch in das kapitalistische Ausland zu reisen. Dies war im August noch restriktiv geregelt worden.[119] Vor allem aber gab Kiszczak seinen Widerstand gegen die entstehenden Polizeigewerkschaften auf. Noch einen Monat zuvor hatte er diesen in Legionowo erneut eine unmissverständliche Absage erteilt.[120] Dann aber hatten sich Milizbeamte unter anderem in Malbork und in Rumia versammelt und ihre Beschwerden schriftlich dem Ressort vorgelegt.[121] Am 5. November, hatte sich, wohl auf Anregung Jabłońskis, in Warschau ein erstes gewerkschaftliches Gründungskomitee gebildet. Zwei Wochen später beantragte es mit einem Satzungsentwurf seine Zulassung offiziell bei Gericht. In einem landesweiten Appell forderten die Warschauer ihre Kollegen auf, es ihnen gleich zu tun.[122] Die Entwicklung begann sich zu verselbständigen. Kiszczak gab nach. Am 27. November wandte er sich erneut mit einem Brief an alle seine Beamten. Auch wenn die gesetzlichen Grundlagen erst geschaffen werden müssten, sollten schon jetzt die Vorbereitungen für eine Beamtengewerkschaft getroffen werden, und zwar für nur eine einzige. In allen Belangen sollten sich die Beamten entsprechend beraten können. Sogar eine Expertengruppe stellte er ihnen als Ansprechpartner bereit und mahnte zu einer „Atmosphäre des Wohlwollens, der Ruhe, Besonnenheit und Verantwortung“.[123] Wenn Polizeigewerkschaften schon nicht mehr zu verhindern waren, dann sollte es wenigstens eine Einheitsgewerkschaft sein. Innerhalb zweier Wochen erarbeitete die Hauptkommandantur der Miliz entsprechende Richtlinien. Diese beschrieben recht genau die Atmosphäre innerhalb des Ressorts. Denn die neue Gewerkschaft sollte nicht nur die Rechte und Interessen der Beamten vertreten, sondern auch ihre „Würde und Ehre“ schützen, die Einheit und Entschlossenheit der Miliz wahren und das gesellschaftliche Vertrauen stärken. Auch sollte sie gegen rechtswidrige Befehle von Vorgesetzten einschreiten.[124] In das Bemühen, die Kontrolle über das Ressort zu behalten, mischten sich ungewohnte, neue Töne.

Rasch entstanden allorts entsprechende Initiativgruppen, zunächst in Gdańsk, Katowice, Szczecin, Olsztyn und Ursus sowie in Piekary Śląskie. Dort hatte die Bewegung im September ihren Anfang genommen.[125] Besonders hitzig werde die Gewerkschaftsidee in Gdańsk, Katowice, Elbląg und Częstochowa verfolgt, hieß es in einem internen Inspektionsbericht. Die Dienststellenleiter bemühten sich um „Eliminierung“ der erregten und emotionalen Stimmungen, und zwar auf allen Ebenen.[126] Hier schlug die alte Rhetorik nochmals durch. Nur richtete sie sich jetzt gegen die eigenen Reihen. Kanalisieren aber ließ sich die gewerkschaftliche Bewegung nur, wenn sie sich nicht bekämpft sah.

In eben diesen ersten Dezembertagen eskalierte ein Konflikt, den Premier Mazowiecki als wohl schwersten Moment seiner Amtszeit empfand. So schien es ihm im Rückblick.[127] Mit massiver Polizeigewalt ließ er Aufstände in mehreren Gefängnissen niederschlagen. Erbärmliche Haftbedingungen und bald auch die Aussicht auf eine Amnestie hatten schon seit Juni für anhaltende Unruhen gesorgt. Im Geist der neuen Demokratie verpflichtete sich die neue Regierung zunächst darauf, mit streikenden und randalierenden Insassen geduldig zu verhandeln. Dies fruchtete im Einzelfall und führte doch zu immer höheren Erwartungen und immer neuer Aggression. Den harten Kern von Wiederholungstätern, so die Justizbehörden, enttäuschte das Amnestiegesetz vom 16. November. In Danzig konnten die Behörden Anfang Dezember einen versuchten Ausbruch nur noch mit Warnschüssen und Gummiknüppeln zurückschlagen. Nun setzten die Aufständischen aufs Ganze. In den großen Haftanstalten von Czarny, Goleniowo und Nowogard beteiligten sich mehr als dreitausend Häftlinge an Unruhen. Es kam zu Brandstiftungen. Der Ministerrat ordnete den Einsatz von Spezialeinheiten an. Sie schlugen am 10. Dezember den Aufstand nieder. Hunderte Häftlinge, etwa sechzig Wärter und 78 Milizbeamte trugen Verletzungen davon. Sieben Häftlinge kamen ums Leben.[128]

Der stellvertretende Justizminister kam bald zu streitbaren Befunden: Einige der außenstehenden Vermittler, darunter Abgeordnete und Senatoren, hätten den streikenden Insassen Strafflosigkeit versprochen und so die Autorität der Wärter untergraben. Die Haftanstalten dürften nicht in das politische Kräftespiel hineingezogen werden.[129] Es war dies eine bittere Lehre. Vielen der Abgeordneten, die auf Verhandlungen gesetzt hatten, wird die Konstellation durchaus vertraut

erschienen sein. Die Streikenden vertraten nachvollziehbare Anliegen. Es musste darauf doch andere Antworten geben als polizeiliche Repression. Nur waren die Häftlinge gewaltbereiter als seinerzeit die Oppositionellen. Ein Gefängnisaufrast war eben keine Straßendemonstration, kein Streik in einer Kohlegrube oder Werft. Und die Bürgerrechtler waren jetzt auch für die öffentliche Ordnung verantwortlich. Ihr Verhältnis zur Staatsgewalt begann sich zu verändern.

Zunächst aber versuchte Innenminister Kiszczak, die Situation ein letztes Mal für sich zu nutzen. Schon seit zehn Jahren gehe die gesellschaftliche Disziplin vor die Hunde, dozierte er am 11. Dezember im Ministerrat, nur einen Tag nach dem Milizeinsatz. Die Gefängnisunruhen und die Ereignisse in Nowa Huta hätten die polnische Gesellschaft erschreckt. Dort war am Tag zuvor nach mehrtägigen Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Miliz das Lenindenkmal gestürzt worden. Gewalt, so Kiszczak, drohe zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Reaktion zu werden, und die Regierung beginne, die krankhaften Züge des Dialogs zu akzeptieren.[130] Da sprach er schon nicht mehr von Gefängnissen, dies war ausdrücklich gemünzt auf die Blockade von Straßen und Gebäuden durch radikale Gruppen, namentlich die Konfederacja Polski Niepodległej und die „Kämpfende Solidarność“ (Solidarność Walcząca). Dann brach es aus ihm hervor. Mit Absicht werde in den Massenmedien eine Kampagne gegen das Innenministerium und seine Beamten geführt. Dabei sei für die neue, junge Führungsgeneration der Dienste der Stalinismus so weit entfernt wie für ihn selbst Kaiser Franz Joseph oder der Zar. Grundlos unterstelle man ihnen niederträchtige Taten, die Morde an Priestern. Wenn jede Festnahme eines Betrunkenen den Vorwurf nach sich zöge, es sei geprügelt worden, dann hätten die Milizbeamten schlicht keine Lust mehr einzugreifen.[131] Sie sicherten loyal die öffentliche Ordnung, auch gegen Extremisten. „Was aber, wenn die KPN und andere radikale Gruppen in Polen die Macht übernehmen oder daran beteiligt werden? Werden die Beamten dann erneut für ihren gewissenhaften Dienst angeklagt?“[132] Vor einer solchen Hetzjagd suchten die Beamten Zuflucht und gründeten Gewerkschaften, so schloss er seine eigenwillige Interpretation.[133] Bei dem Versuch, seine Leute und sein Selbstbild zu schützen, verlor Kiszczak allmählich den Bezug zur Wirklichkeit.

Dennoch: der Ministerrat beschloss, beim Innenministerium einen politischen Beraterstab einzurichten, wie es Kiszczak auf Anregungen aus seinem eigenen Haus schon mehrfach vorgeschlagen hatte.[134] Nur ging es jetzt nicht mehr darum, wie er es noch in Legionowo erläutert hatte, das Vertrauen des Ministerpräsidenten zu wahren und die Aufsicht über das Ressort auf allgemeine Fragen abseits der operativen Tätigkeit zu lenken.[135] Vielmehr sollten nunmehr die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Kräfte an der Leitung des Ministeriums beteiligt werden.

„Das Ministerium ist lebhaft an gesellschaftlicher Unterstützung seiner Tätigkeiten interessiert, auch an gesellschaftlicher und ebenso an kritischer Kontrolle“, warb Vizeminister Zbigniew Pudysz am folgenden Tag im Innenausschuss.[136] Die Kadersituation vor allem der Miliz verschlechterte sich. Die folgende Debatte nahm eine interessante Wendung. Wie schon drei Monate zuvor gab Edward Rzepka vom Parlamentarischen Bürgerklub den kritischen Ton der Fragen vor. Die Miliz arbeite schlecht, da sei man sich wohl einig. Doch anders als das Ministerium hielten die Menschen das für eine Form des Protests. Sollte so etwa demonstriert werden, dass es unter der Regierung Mazowiecki keine gesellschaftliche Ruhe gebe, dass alles noch schlimmer würde, wenn man der Miliz Stellen und Mittel kürze? Nötig sei eine radikale, grundlegende Reform der Dienste. Sie dürfe nicht länger dem Ressort überlassen werden.[137] Ein solcher Vorwurf, die Regierung zu sabotieren, war bislang nicht erhoben worden. Sein Fraktionskollege Jerzy Zimowski sprang Rzepka bei. Die Beamten selbst seien der Auffassung, dass die jetzige Führung zu wirklichen politischen Veränderungen nicht in der Lage sei. „Oben ist Beton.“[138] Es drohten innere Kämpfe, wenn nicht gar der Zerfall des Ressorts. „Ein Pferd, das man von allen Seiten schlägt, wird nicht gut ziehen“, ergänzte die Kommunistin Janina Kuś.[139] Wie andere Abgeordnete hatte auch sie in ihrem Wahlkreis das Gespräch mit Milizbeamten gesucht und einen verheerenden Eindruck gewonnen. In der kontroversen Debatte wurde die Krise der Miliz vor dem Hintergrund steigender Kriminalität gründlich ausgeleuchtet. Auch die gewerkschaftlichen Initiativen der Beamten kamen zur Sprache. Sie erst hatten ja die Politik auf die Krise aufmerksam gemacht. Die Verantwortung dafür, dass die Miliz

derart schlecht arbeite, falle auch auf die Abgeordneten selbst zurück, mahnte Wiesław Zajączkowski vom Parlamentarischen Bürgerklub. Viele Ursachen hätten zum gegenwärtigen Zustand geführt, „vielleicht auch die zuletzt verschärfte gesellschaftliche Kritik“.[140]

Es war der 12. Dezember, der Jahrestag des Kriegsrechts stand kurz bevor. Deutlich wurde in der Debatte, dass Kiszczak seine Funktion als Garant eines kontrollierten Pluralismus und als Partner ausgehandelter Reformen in diesen Wochen eingebüßt hatte. Die Politik seines Ressorts konnte er kaum noch aktiv gestalten. Nun wandte sich der Parlamentarische Bürgerklub diesen Problemen zu. Denn es genügte auch nicht mehr, das Innenministerium als Restbestand der Diktatur zu kritisieren. Tiefsitzende, diffuse Vorbehalte wurden jetzt erstmals in eine konstruktive politische Debatte überführt.

Wie weit sich die Selbstwahrnehmung des Innenministeriums von der Wirklichkeit entfernt hatte, wurde in einer Ansprache deutlich, die General Krzysztof Majchrowski, Direktor der neuen Abteilung zum Schutz der Konstitutionellen Ordnung, neun Tage später anlässlich einer landesweiten Dienstberatung der regionalen Behördenchefs hielt. Es war gewissermaßen die Weihnachtsansprache am Ende eines turbulenten Jahres. Drei Aspekte hob er besonders hervor. Angesichts drohender Anarchie müsse die Staatssicherheit ihre Aufmerksamkeit vor allem auf extrem antikommunistische oder faschistische Gruppierungen konzentrieren, die wie in Nowa Huta die nationale Verständigung in Frage stellten. Als gänzlich neues Feld kämen die nationalen Minderheiten hinzu, insbesondere die deutsche Minderheit. Ausdrücklich verwies Majchrowski an dieser Stelle auf die anstehende Vereinigung Deutschlands und die Unruhen innerhalb der Sowjetunion. All dies müsse natürlich auf der ungewohnten Grundlage der Rechtsstaatlichkeit, also im vollen Einklang mit geltendem Recht geschehen, was die Vorgesetzten auch akzeptieren müssten. Nebenbei bemerkt sollten abgeschlossene Fälle nunmehr archiviert werden, unter Beachtung früherer Empfehlungen zur Ausgliederung und Vernichtung einiger Materialien. Ganz unverblümt präzierte er: „Einige Fälle, die beispielsweise die akademische Geistlichkeit betreffen, müssen gänzlich vernichtet werden.“[141] Rechtsstaatlichkeit, die händeringende Suche nach neuen Bedrohungen und ergebnisreichen Aufgaben sowie die Vernichtung bestimmter Akten – all das war für General Majchrowski offenbar keinerlei Widerspruch. Er kleidete es in die Formel einer notwendigen, „wirklichen ‚Perestroika‘ unseres Denkens“.[142]

Mit seiner Version der Perestroika war das Innenministerium zu diesem Zeitpunkt bereits gescheitert. Keines der Ziele, die Kiszczak angestrebt hatte, würde sich verwirklichen lassen. Die Polizeigewerkschaften, gegen die er sich zunächst hartnäckig gestemmt hatte, sollte binnen weniger Wochen die Kontrolle über die Kaderpolitik erlangen. Unter ihrem Einfluss sollte ein Großteil der Dienststellenleiter in den Wojewodschaften ausgetauscht werden, noch bevor im Mai 1990 die Polizeireform in Kraft trat. Der Versuch, einem möglichst großen Anteil an Staatssicherheitsbeamten eine Zukunft in der Miliz zu sichern, scheiterte am Widerstand der Gewerkschaften. Auch die anschließende Verifizierung der ehemaligen Beamten der Staatssicherheit ließ sich nicht verhindern. Etwa 4.000 Beamte sollten in dem Verfahren abgewiesen werden, weitere 10.000 stellten erst gar keinen Antrag.[143] Auch die Federführung bei der Polizeireform wurde dem Innenministerium im Sejm von den Abgeordneten des Parlamentarischen Bürgerklubs aus der Hand genommen. Die organisatorische Einheit von Miliz und Staatssicherheit, an der Kiszczak so sehr gelegen war, wurde aufgelöst. Selbst die Vernichtung der operativen Akten der Staatssicherheit, die das Ministerium spätestens seit dem Herbst 1989 zielstrebig vorantrieb, geriet in der öffentlichen Kommunikation zum Debakel, als sie Ende Januar bekannt wurde. Kaum eine Frage sollte das Ansehen der Regierung Mazowiecki auf Dauer stärker belasten als der Vorwurf, sie habe dabei zugesehen, wie die Staatssicherheit ihre Spuren verwischte, und sogar offen für einen „dicken Strich“ unter die Verbrechen der Kommunisten plädiert. Indem dieser Vorwurf im Präsidentschaftswahlkampf im Herbst 1990 politisch zugespitzt wurde, entstand jene Bruchlinie, die das politische System Polens über die nächsten zwei Jahrzehnte prägen sollte.

Im Rückblick lässt sich dieser Vorwurf nur allzu leicht erheben. Doch die Geschichte des Spätsommers 1989 ist keine Geschichte verpasster Gelegenheiten. Denn die Akteure konnten nicht wissen, dass mit der Wahl eines nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Polen anders als 1980 ein irreversibler Schritt getan war, der binnen weniger Monate die kommunistischen Diktaturen im gesamten Ostblock zum Einsturz bringen sollte.

Abstract

The ‘Thick Line’ myth: 24th August 1989 and the beginning of the end of Poland’s political police

On 24th August 1989, Tadeusz Mazowiecki was nominated as the first non-communist Prime Minister in a Warsaw Pact country. This date also marks an important step in the debate on the legacy of political violence and the future of State security and police forces in Poland. Rather than safeguarding the professional interest of the old guard, as often alleged, the ensuing reform of State security initiated by the then-Minister of the Interior Czesław Kiszczak further undermined the reputation of an already demoralised police force. A close reading of contemporary debates and archival sources demonstrates that the formation of the Mazowiecki Government and its renewed compromise with the crumbling communist establishment elites explored and extended the limits of democratic reform within the existing order before the Berlin Wall came down. It is not a story of missed opportunities.

[1] Sprawozdanie Stenograficzne z 6. posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 23 i 24 sierpnia 1989 r., Warszawa 1989, S. 83-86, hier S. 86. Auch in Tadeusz Mazowiecki, *Polska będzie inna. Przemówienie wygłoszone w Sejmie 24 sierpnia 1989 roku*, in: ders., *Rok 1989 i lata następne. Teksty wybrane i nowe*, Warszawa: Prószyński 2012, S. 38-41, hier S. 41.

[2] Andrzej Friszke, *Rewolucja Solidarności. 1980-1981*, Kraków: Znak Horyzont 2014, S. 47-49 und S. 58-61.

[3] Tadeusz Mazowiecki, *Spiesz się powoli*, in: *Tygodnik Solidarności* vom 14.07.1989, S. 2.

[4] Adam Michnik, *Wasz prezydent – nasz premier*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 03.07.1989, Nr. 40, S. 1. Auch in Adam Michnik, *Diabeł naszego czasu. Publicystyka z lat 1985-1994*, Warszawa: Biblioteka Gazety Wyborczej 20092, S. 175-176.

[5] Antoni Dudek, *Historia polityczna Polski 1989-2012*, Kraków: Wydawnictwo Znak 2013, S. 49-55; Karol Modzelewski, *Zajeżdżimy kobyłę historii. Wyznania poobijanego jeźdźca*, Warszawa: Wydawnictwo „Iskry“ 2013, S. 377-379.

[6] *Gazeta Wyborcza* vom 24.08.1989, S. 5.

[7] Antoni Dudek, *Reglamentowana Rewolucja. Rozkład dyktatury komunistycznej w Polsce 1988-1990*, Kraków: Arcana 2004. Siehe zu der Debatte auch Andrzej Chwalba, *Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989-2005*, Wiesbaden: Harrassowitz 2010, S. 22-24; sowie zuletzt Paulina Gulińska-Jurgiel, *Die diskursive Übersetzung des Wandels. Parlamentarische Debatten zur Vergangenheitsaufarbeitung in Polen nach 1989*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38/2012, S. 304-330, hier S. 310 f.

[8] [Tadeusz Mazowiecki], *Porozmawiajmy o błędach. Rozmawia Ewa Milewska*, in: Tadeusz Mazowiecki, *Rok 1989 ...*, S. 323-332, hier S. 326-327.

[9] Witold Bereś/Krzysztof Burnetko, *Gliniarz z „Tygodnika”*“ *Rozmowy z byłym ministrem spraw wewnętrznych Krzysztofem Kozłowskim*, Warszawa: Polska Oficyna Wydawnicza „BGW“ [1991], S. 23-24; Aleksander Hall, *Osobista historia III Rzeczypospolitej*, Warszawa: Rosner & Wspólnicy 2011, S. 71-73.

[10] IPN BU 1585/11666, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Reorganizacja, Zarządzenie 075/89; Adrian Jusupović/Rafał Leśkiewicz (Hg.), *Historyczno-prawna analiza struktur organów bezpieczeństwa państwa w Polsce Ludowej (1944-1990)*. Zbiór studiów, Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej 2013, S. 258-260 (Dok. Nr. 22).

[11] Departament IV istnieje nadal, in: *Gazeta Wyborcza* vom 3.08.1989, S. 2.

[12] Przesłuchanie, in: *Gazeta Wyborcza* vom 11./14.08.1989, S. 1.

[13] IPN BU 1585/11666, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Reorganizacja, Zarządzenie 075/89.

[14] IPN BU 1585/406, Gabinet Ministra MSW, Służba Bezpieczeństwa WUSW – likwidacja i przekształcenie, Propozycje zmian poszczególnych jednostek, informacje (Hier findet man eine Übersicht über die Abteilungen des Innenministeriums).

[15] Generał Kiszczak o sobie i swoim resorcie, in: *Gazeta Wyborcza* vom 8./10.09.1989, S. 2.

[16] Witold Bereś/Jerzy Skoczylas, Generał Kiszczak mówi ... prawie wszystko, Warszawa: Polska Oficyna Wydawnicza BGW 1991, S. 269-281.

[17] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 08.09.1989, Bl. 6v.-7v. und Bl. 18 (Zitat).

[18] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 08.09.1989, Bl. 7v.-10v.

[19] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 08.09.1989, Bl. 11-20, hier Bl. 12.

[20] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 08.09.1989, Bl. 11-20, hier Bl. 13-19v.

[21] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 08.09.1989, Bl. 19v.-20 und Bl. 29.

[22] Przeszłość odkreślamy grubą linią. Przemówienie Tadeusza Mazowieckiego w Sejmie, in: *Gazeta Wyborcza* vom 25./27.08.1989, S. 3; Mazowiecki, *Polska będzie inna ...*, S. 39 f.

[23] Ocena stanu bezpieczeństwa i porządku publicznego oraz stopnia realizacji planu przedsięwzięć Rejonowego Urzędu Spraw Wewnętrznych w Krasnymstawie na rok 1988 (12.01.1989): IPN Lu 206/7 Roczne plany pracy i sprawozdania rejonowych Urzędów Spraw Wewnętrznych woj. chełmskiego 1988-1990, Bl. 20-31, hier Bl. 30.

[24] Przewrót niewykonalny, in: *Gazeta Wyborcza* vom 11.09.1989, S. 4.

[25] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 08.09.1989, Bl. 6-23, hier Bl. 10.

- [26] Mazowiecki, Spiesz się powoli ..., S. 2; Siehe auch Jerzy Jedlicki, Partia zmienia skórę, in: Gazeta Wyborcza vom 28.08.1989, S. 3.
- [27] OKP, ZSL, SD, in: Gazeta Wyborcza vom 17. 08.1989, S. 1.
- [28] Sławomir Dąbrowski, Dobry fachowiec, ale partyjny, in: Gazeta Wyborcza vom 24.08.1989, Nr. 77, S. 5.
- [29] Krzysztof Kozłowski, Ku nowej Polsce, in: Tygodnik Powszechny 35/2096, 27.08.1989, S. 1.
- [30] Bereś/Burnetko, Gliniarz z „Tygodnika“ ..., S. 23.
- [31] Sprawozdanie Stenograficzne z 6 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 23 i 24 sierpnia 1989 r., Warszawa 1989, Anl. 2, S. 6-8.
- [32] Sprawozdanie Stenograficzne z 6 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 23 i 24 sierpnia 1989 r., Warszawa 1989, Anl. 2, S. 12-13.
- [33] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, Anl. 1, S. 52-54.
- [34] IPN BU 1585/15011, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Korespondencje różne, 1989, Bl. 247-249: Informacja w sprawie przedsięwzięć organizacyjnych i wykonawczych podejmowanych przez resort spraw wewnętrznych na rzecz poprawy warunków pobytu osób osadzonych w aresztach milicyjnych.
- [35] Wanda Falkowska: Nie bić, in: Gazeta Wyborcza vom 10.05.1989, S. 3.
- [36] Sprawozdanie Stenograficzne z 3 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu 10 lipca 1989 r., Warszawa 1989, S. 61-62.
- [37] Sprawozdanie Stenograficzne z 3 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu 10 lipca 1989 r., Warszawa 1989, S. 61-80.
- [38] Sprawozdanie Stenograficzne z 3 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu 10 lipca 1989 r., Warszawa 1989, S. 67f. und S. 74.
- [39] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 1. posiedzenia, Bl. 62-63 (Anl. 5).
- [40] Leon Bójko, MSW interpeluje, in: Gazeta Wyborcza vom 4.-6.08.1989, S. 1.
- [41] Sprawozdanie Stenograficzne z 4 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej 31 lipca, 1 i 2 sierpnia 1989 r., Warszawa 1990, S. 297-310.
- [42] Raport Rokity. Sprawozdanie Sejmowej Komisji Nadzwyczajnej do Zbadania Działalności MSW. Kraków: Arcana 2005, S. 10.
- [43] Raport Rokity ..., S. 10-11.
- [44] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, Bl. 64-91.

- [45] Komisja Nadzwyczajna bada działalność MSW, in: Gazeta Wyborcza vom 14.09.1989, S. 2.
- [46] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 1 posiedzenia, Bl. 78.
- [47] Raport Rokity ..., S. 9.
- [48] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 08.09.1989, Bl. 17v.-18.
- [49] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 13.09.1990, Bl. 64v.
- [50] IPN BU 1585/14110, MSW, Służba Bezpieczeństwa i Milicja Obywatelska, Reorganizacja, Bl. 108-110: Decyzja Nr. 21/89 Ministra Spraw Wewnętrznych z dnia 31 sierpnia 1989 r. w sprawie powołania Zespołu do współdziałania z Nadzwyczajną Komisją do Zbadania Działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych.
- [51] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 13.09.1990, Bl. 79.
- [52] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Bl. 109.
- [53] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 13.09.1990, Bl. 67.
- [54] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 13.09.1990, Bl. 101v.
- [55] Zdaniem laika. Nadzieja wbrew nadziei, in: Więż 9/1989 (371), September 1989, S. 7 [der Beitrag selbst datiert vom 25. Juli 1989].
- [56] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991), Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-8, 17.08.1989-09.10.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 13.09.1990, Bl. 77.
- [57] Antoni Dudek (Hg.), Zmierzch dyktatury. Polska lat 1986-1989 w świetle dokumentów, Bd. 2 (Juni-Dezember 1989), Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej 2010, S. 245 (Dok. 137).
- [58] IPN BU 1585/362, Działalność resortu w latach 1980-1989, Bl. 9-10 (Anl. 2).
- [59] IPN BU 1585/362, Działalność resortu w latach 1980-1989, Bl. 51-56 (Anl. 26- 27).
- [60] Apel do funkcjonariuszy MSW, in: Gazeta Wyborcza vom 12.09.1989, S. 3.
- [61] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 499; Dudek, Zmierzch dyktatury ..., Bd. 2, S. 326 f.. Vgl. Dudek, Reglamentowana rewolucja ..., S. 464.

- [62] List otwarty 54 funkcjonariuszy MO, in: Gazeta Wyborcza vom 13.09.1989, S. 4.
- [63] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 2. posiedzenia, 8.09.1989, Bl. 13 und Bl. 17v.
- [64] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, S. 93-95.
- [65] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, S. 96.
- [66] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, S. 106.
- [67] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, S. 95-96; Bohdan Kopczyński, Misja poselska – kulisy, Warszawa 1991, S. 15.
- [68] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, S. 106.
- [69] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, S. 107.
- [70] IPN BU 1585/14110, MSW, Służba Bezpieczeństwa i Milicja Obywatelska, Reorganizacja, Bl. 103-107 (Zarządzenie 075/1989).
- [71] IPN BU 1585/12340, Komunikaty (Komunikat Nr. 2/1989 vom 11.09.1989).
- [72] IPN BU 0752/7, Pisma, Szyfrogramy dot. przekształceń organizacyjnych i strukturalnych SB dokonywanych w 1989 r. na podstawie Zarządzenia nr 075/89 MSW, Bl. 8-11 (Szyfrogram Nr. 13249/229 des stellv. Chefs SB, Karpacz, an die Chefs der WUSW/SUSW vom 11.10.1989).
- [73] Sprawozdanie Stenograficzne z 8 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 29 i 30 września 1989 r., Warszawa 1989, S. 152-156.
- [74] IPN BU 01185/12, 1989 r. (Teil 1), Bl. 429-430 (Rundschreiben von Kabinettsdirektor Żmuda vom 11.10.1989).
- [75] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 493-573: Wystąpienie Ministra Spraw Wewnętrznych na odprawie kierowniczego aktywu w dniu 16.10.1989 roku. Teilweise abgedruckt in Dudek, Zmierzch dyktatury ..., S. 326-339 (Dok. 149). Siehe auch Dudek, Reglamentowana Rewolucja ..., S. 454-455.
- [76] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 494-495.
- [77] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 511-514; Dudek, Zmierzch dyktatury ..., Bd. II, S. 333-335.
- [78] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 513; Dudek, Zmierzch dyktatury ..., Bd. II, S. 335.
- [79] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 523-534 und Bl. 532-533.
- [80] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 515; Dudek, Zmierzch dyktatury ..., Bd. II, S. 336.

- [81] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 493.
- [82] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 493 und passim; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 338.
- [83] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 511; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 333.
- [84] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 509; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 332.
- [85] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 499; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 327. Vgl. Dudek, *Reglamentowana rewolucja ...*, S. 464.
- [86] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 495.
- [87] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 498; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 326.
- [88] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 510; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. II, S. 333.
- [89] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 500; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 327.
- [90] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 498 und Bl. 510; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 326 und S. 333.
- [91] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 519; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 338.
- [92] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 545.
- [93] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 560-561.
- [94] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 573.
- [95] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 510; Dudek, *Zmierzch dyktatury ...*, Bd. 2, S. 333.
- [96] Mieczysław Rakowski, *Dzienniki polityczne 1987-1990*, Warszawa: Iskry 2005, S. 555.
- [97] IPN BU 1585/14454 MSW, Służba Bezpieczeństwa – stan etatowy, przekształcenia organizacyjno-funkcyjne i kadrowe. Projekt ustawy, decyzja szefa służby, tezy, 1989-1990, Bl. 9; Vgl. Paweł Piotrowski (Hg.), *Aparat bezpieczeństwa w Polsce. Kadra kierownicza*, Bd. 3: 1975-1989, Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej 2008, S. 18 (Online verfügbar unter http://ipn.gov.pl/__data/assets/pdf_file/0019/62731/1-24925.pdf (01.06.2014)).
- [98] IPN BU 1585/14454 MSW, Służba Bezpieczeństwa – stan etatowy, przekształcenia organizacyjno-funkcyjne i kadrowe. Projekt ustawy, decyzja szefa służby, tezy, 1989-1990, Bl. 3-6 (Aktennotiz vom 24. Januar 1990). Es handelt sich hierbei um den Personalbestand der Abt. III, IV, V, VI, des Biuro Studiów SB und des Główny Inspektorat Ochrony Przemysłu.
- [99] IPN BU 01627/1, Materiały dotyczące reorganizacji SB 1989-1990, Bl. 166 (Schemat Organizacyjny MSW); vgl. Zarządzenie nr 8 ministra spraw wewnętrznych z 22 I 1990 r., in: Piotrowski, *Aparat Bezpieczeństwa ...*, Bd. 3, S. 18 f.
- [100] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 10. posiedzenia, 10.01.1990, Bl. 270v.-272.
- [101] IPN BU 01627/1, Materiały dotyczące reorganizacji SB 1989-1990, Tezy do wystąpienia na

spotkaniu z szefami wojewódzkich urzędów spraw wewnętrznych w dniu 27 września 1989 r., Bl. 154.

[102] IPN BU 1585/406, Gabinet Ministra MSW, Służba Bezpieczeństwa WUSW – likwidacja i przekształcenie. Propozycje zmian poszczególnych jednostek, informacje, Bl. 10-11 (Rundschreiben des stellv. SB-Chefs, Oberst Jerzy Karpacz, vom 11.10.1989).

[103] IPN BU 1585/406, Gabinet Ministra MSW, Służba Bezpieczeństwa WUSW – likwidacja i przekształcenie. Propozycje zmian poszczególnych jednostek, informacje, Bl. 11-60 (tabellarische Übersichten).

[104] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 10. posiedzenia, 10.01.1990, Bl. 272; IPN BU 1585/14454, MSW, Służba Bezpieczeństwa – stan etatowy, przekształcenia organizacyjno-funkcyjne i kadrowe. Projekt ustawy, decyzja szefa służby, tezy, 1989-1990, Bl. 3-6 (Aktentnotiz vom 24.01.1990).

[105] IPN BU 1585/15011, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Korespondencje różne, 1989, Bl. 50 (Schreiben von Kabinettdirektor Czesław Żmuda vom 22.11.1989); Zarządzenie nr 95 MSW z dnia 21. listopada 1989 r., in: Jusupović/Leśkiewicz, Historyczno-prawna analiza ..., S. 280-281 (Dok. Nr. 25).

[106] IPN BU 1585/364, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Reorganizacja Resortu 1972-1990, Bl. 114-117.

[107] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia, 12.12.1989, Bl. 176.

[108] IPN BU 01627/1, Materiały dotyczące reorganizacji SB 1989-1990, Bl. 115 (Główny Inspektorat Ministra SW, Sprawozdanie, 18.12.1989).

[109] Krzysztof Kozłowski/Michał Komar, Historia z konsekwencjami, Warszawa: Świat Książki 2009, S. 262.

[110] Rakowski, Dzienniki polityczne 1987-1990 ..., S. 567.

[111] IPN BU 1585/15011 Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Korespondencje różne, 1989, Bl. 29-32, hier Bl. 30.

[112] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 556.

[113] IPN BU 1585/15011, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Korespondencje różne, 1989, Bl. 173-180.

[114] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia, 12.12.1989, Bl. 173.

[115] Archiwum Sejmu. Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia, 12.12.1989, Bl. 185.

[116] Dziennik Telewizyjny, 17.11.1989: <http://www.youtube.com/watch?v=6pYFzd71RJM&t=30m> (21.03.2014).

[117] IPN Lu 0426/179, Bl. 55: Telegramm Dankowski vom 18.11.1989.

[118] IPN BU 1585/15011, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Korespondencje różne, 1989, Bl. 54-55; Siehe u. a. Stefan Mucha, „Zabić księdza“ Agnieszki Holland, in: Ład 46 (257) vom 12. November 1989, S. 13.

[119] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 315 (Telefonogram Oberst Leszek Lamparski vom 6.12.1989).

[120] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 519; Dudek, Zmierzch dyktatury ..., Bd. 2, S. 338.

[121] Historia NSZZ Policjantów:

http://www.nszzp.wroclaw.pl/index.php?option=com_content&view=article&id=1:historia-zwiazku&catid=2&Itemid=105&showall=1&limitstart= (08.04.2014)

[122] Piotrowski, Aparat bezpieczeństwa ..., S. 19; <http://www.zwnszzp-katowice.pl/index.php/onas/49-kalendarium-histeryczne-ruchu-zwizkowego-w-policji> (08.04.2014); Historia NSZZ Policjantów ...

[123] IPN BU 1585/15011, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Korespondencje różne, 1989, Bl. 103.

[124] IPN Lu 0426/323, Bl. 99 (Naczelnik Wydziału ogólnego WUSW Siedlce, kpt. Poznański, vom 15.12.1989).

[125] Historia Związku Zawodowego Policjantów:

<http://www.zwnszzp.olsztyn.pl/historia?showall=&start=2> (11.04.2014); Historia NSZZ Policjantów ...

[126] IPN BU 01627/1, Materiały dotyczące reorganizacji SB 1989-1990, Bl. 111-117 (Główny Inspektorat Ministra SW, Sprawozdanie vom 18.12.1989), hier Bl. 117. Siehe auch IPN BU 1585/364, Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, Gabinet Ministra, Reorganizacja Resortu 1972-1990, Bl. 114-117 (Schreiben von Brigadegeneral R. Szuster, Kierownik Głównego Inspektoratu MSW an den stellv. Innenminister Divisionsgeneral Henryk Dankowski vom 12.12.1989).

[127] [Tadeusz Mazowiecki], Wiedziałem, że się uda. Rozmawia Teresa Torańska, in: Mazowiecki, Rok 1989 ..., S. 123-171, hier S. 164.

[128] Ministerstwo Sprawiedliwości, Gabinet Ministra, Wydział Prezydialny, 235/10, Posiedzenie Kolegium MS, styczeń 1990 r., Informacja o sytuacji w więziennictwie w okresie od 8 czerwca do 27 grudnia 1989.

[129] Ministerstwo Sprawiedliwości, Gabinet Ministra, Wydział Prezydialny, 235/10, Posiedzenie Kolegium MS, styczeń 1990 r., Informacja o sytuacji w więziennictwie w okresie od 8 czerwca do 27 grudnia 1989, S. 13.

[130] IPN Lu 0426/322, Bl. 63-87 (Manuskript der Rede Kiszczaks im Ministerrat am 11.12.1989), hier Bl. 71.

[131] IPN Lu 0426/322, Bl. 63-87 (Manuskript der Rede Kiszczaks im Ministerrat am 11.12.1989), hier Bl. 78.

[132] IPN Lu 0426/322, Bl. 63-87 (Manuskript der Rede Kiszczaks im Ministerrat am 11.12.1989), hier Bl. 80.

- [133] IPN Lu 0426/322, Bl. 63-87 (Manuskript der Rede Kiszczaks im Ministerrat am 11.12.1989), hier Bl. 83.
- [134] IPN BU 1585/14454, MSW, Służba Bezpieczeństwa – stan etatowy, przekształcenia organizacyjno-funkcyjne i kadrowe. Projekt ustawy, decyzja szefa służby, tezy, 1989-1990, Bl. 19-20 (Uchwała Nr. 171/89 Rady Ministrów z dnia 11 grudnia 1989 r.); IPN BU 01627/1, Materiały dotyczące reorganizacji SB 1989-1990, Bl. 156-159 (Propozycje przedsięwzięć dot. funkcjonowaniu resortu spraw wewnętrznych [06.09.1989]).
- [135] IPN BU 01185/12 1989 r. (Teil 1), Bl. 518; Dudek, Zmierzch dyktatury ..., Bd. 2, S. 337-338.
- [136] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych, 12.12.1989, Bl. 170.
- [137] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych, 12.12.1989, Bl. 171-172.
- [138] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych, 12.12.1989, Bl. 174v.-175, hier Bl. 175.
- [139] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych, 12.12.1989, Bl. 175v.
- [140] Archiwum Sejmu, Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991, Protokoły Komisji Sejmowych, Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych, Nr. 1-16, 17.08.1989-15.03.1990, Bd. 1, Protokół 7. posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych, 12.12.1989, Bl. 172.
- [141] IPN Lu 0426/134, Bl. 12-41 (Wystąpienie Dyrektora Departamentu Ochrony Konstytucyjnego Porządku Państwa na odprawie służbowej naczelników WUSW w dniu 21.12.br. [1989]), hier Bl. 25.
- [142] IPN Lu 0426/134, Bl. 12-41 (Wystąpienie Dyrektora Departamentu Ochrony Konstytucyjnego Porządku Państwa na odprawie służbowej naczelników WUSW w dniu 21.12.br. [1989]), hier Bl. 27.
- [143] Beres/Burnetko, Gliniarz z „Tygodnika“ ..., S. 41.